

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.50 Mk. monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat, eingetragene in die Post-Schulungsstellen. Unter Ausschluss der Postämter und Postämter, 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Kurland, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983. **Mittwoch, den 29. August 1906.** Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Wer trägt die Schuld?

„Warschau, nicht Breslau!“ überschreibt die „Fränkische Tagespost“, unser in Nürnberg erscheinendes Parteiblatt, ihre Darstellung der Schlacht in der Regensburgerstraße zu Nürnberg.  
 „Man wird von Breslau nicht mehr viel reden“, sagt unser Bruderblatt. „In tiefen Schatten stellt Nürnberg Breslau. Was sich am gestrigen Tage hier abgespielt hat, übertrifft die Taten der Breslauer Polizei um das Hundertfache. Die starken Aufgebote der Polizei in der Regensburgerstraße, in der nächsten Nachbarschaft des Volksfestplatzes, zu dem und von dem gestern Zehntausende strömten, ließen es natürlich erscheinen, daß sich gewaltige Menschenansammlungen vor der Motorenfabrik Union bilden würden. Auch in normalen Zeiten ist an dem Tage der Bierprobe, am Beginne der Volksfestwochen die Regensburgerstraße stark belegt, um so mehr war das nun der Fall, wo der starke Ausstellungsverkehr die Menschenmassen verdichtete. Wenn nun große Aufgebote von Revolvertragenden Polizisten zu Fuß und zu Pferde die Straßen beleben, so muß das zum Anziehungspunkt der schaulustigen Menge werden. Tausende Neugierige, vor allem die Jugend, glaubten, daß etwas zu erfahren und zu erlauschen sei. Hundert Gaffende ziehen Tausend Fragende an und so knäueln sich immer neue Massen zu den alten.“

Auf dem Volksfeste werden gewaltige Massen Alkohol konsumiert, die hierdurch erregten Nerven werden auch in anderer Weise angefaßt, übermäßige Stimmungen werden erzeugt, die Hemmungsnerben funktionieren nicht mehr richtig, das ganze Gehirnssystem wird gereizt, die kühle Ueberlegung geht mit der Nüchternheit verloren, die Beeinflussung durch einzelne, besonders erregte, der Ueberlegung bare, für ihre Handlungen in ihrem alkoholischen Zustande nicht verantwortliche Personen ist leicht, es treten bedenkliche Massensuggestionen auf.

Das ist das Bild der Massen am gestrigen Tage, für das alles eher verantwortlich ist als die Arbeiter, welche früher in der Maurerschen Automobilfabrik gearbeitet haben und die organisierte Arbeiterschaft, die das Ende des Genossen Fleischmann tief beklagt.  
 Eine wirklich vorzügliche Polizei hätte das alles wissen müssen, sie hätte nicht durch ihre aufdringliche Anwesenheit zur Stauung des Verkehrs beitragen sollen, sie hätte ihre Ruhe bewahren sollen. Wie tatsächlich die Polizei gewirtschaftet hat, wie sie harmlose Bürgerleute, auch Angehörige der besitzenden Klasse brutalisiert hat, wie sie in die Häuser eindrang, ziel- und wahllos verhaftete, mit scharfen Patronen schob, Kinder verwundete, wie selbst Schulleute durch Schulleute verwundet wurden, davon redet heute die ganze Stadt, so daß die Unfähigkeit der Polizei kaum von vielen bezweifelt werden kann. Breslau ist in den Schatten gestellt. Man muß nach Nürnberg gehen und die Berichte der dortigen Polizeitaten heranziehen, um Vergleichsmomente für die Taten der Nürnberger Polizei zu erhalten. Schaurig war es, unter den Tönen der heiteren Musik, die vom Volksfeste herüber tönte, das Blut der Spaziergänger fließen zu sehen.“

Die von unserem Nürnbergger Parteiblatt geschilderten Einzelheiten sind geradezu grauenhaft. Wir lassen zur Illustration des polizeilichen Vorgehens einige — nur einige! — folgen:

Ein 13jähriger Junge ging um 1/9 Uhr vom Volksfest heim. Er der Schieferstraße, weit abgelegen von der Maurerschen Fabrik, wurde er in das rechte Bein geschossen. Woher, warum, kann er nicht angeben.

Gegen 1/10 Uhr sah ein vom Volksfestplatz Heimkehrender im Garten der Wirtschaft zum „Ludwigsfeld“. Als eine in die Brust gestochene Frau hineingebracht wurde, machte er sich in die Wirtshube, weil er in das Schreiben auf der Straße nicht verwickelt werden wollte. Die Fenster der Wirtschaft waren geschlossen, als man von außen Revolversalven hörte. Am Gartenzaun entlang standen Schulleute nebeneinander, die blindlings in die Gartengänge hineinschossen. Als der Wirt die Türen zusperrte, wurden sie von der Polizei geprengt. Diese drang in den Garten und jagte zuschlagend die Gäste zur Hintertür hinaus. Bei dieser standen eine Anzahl Schulleute Spalier, welche die hinausgetriebenen empfingen, dabei noch ihr Mütchen kühlend. Der ganz unbeteiligte Gast erhielt einen durchschlagenden Säbelhieb über das linke Handgelenk.

In der Wirtschaft zum „Ludwigsfeld“ handelte ein alter Hausierer mit kleinen hölzernen Bierkrügen. Von einbringenden Schulleuten erhielt er einen Schuß in das linke Bein. Seine Frau, die ihn begleitete, weil er als Halbinvalid allein nicht fort kann, bekam Säbelhiebe. Beide haben nicht das geringste begangen.

Ein Augenzeuge schreibt: „Ja sah um 9 Uhr in der sonst recht friedlichen Wirtschaft „zum Pfalzgrafen“. Auf einmal ging auch vor dieser Wirtschaft ein Krach los. Schulleute drängten Menschen zur Türe herein, ich sprang ans Fenster und sah, wie die Polizei mit dem Säbel auf die an der Türe Stehenden einhieb. Ein kleiner Bub sah ebenfalls zum Fenster heraus und auch dieser „gefährliche“ Mensch bekam einen Säbelhieb, glücklicherweise ging er daneben. Entsetzt sagte die Mutter, die Wirtin, zu

dem Schuhmann: „Erlauben Sie doch, was hat denn das Kind verschuldet?“ — „Machen Sie, daß Sie weiter kommen oder ich schieß' Sie zusammen.“ — „Ihre Nummer möcht' ich wissen!“ erwiderte darauf erregt die Frau. In demselben Moment packte sie der Polizeimann am Hals und warf sie zu Boden mit derartiger Wucht, daß die Frau am Ellbogen und am Schenkel verletzt wurde. „Schieß' sie doch zusammen!“ rief dazu ein Nachschußmann, und schon krachte ein Schuß und noch einer direkt durchs Fenster in die Wirtschaft hinein. Die Augen wurden nachher aufgehoben. Getroffen wurde einem glücklichen Zufall zufolge niemand.“

Ein alter grauer Mann kam um 1/10 Uhr ganz ahnungslos vom Volksfest, er wußte noch gar nicht, was eigentlich los ist. „Dum mach daß Du weiter kommst, sonst hau' ich Dich zusammen!“ brüllte ihn ein Schuhmann an. Gleich im nächsten Moment wurde eine Dameniedergeritten, eine zweite erhielt einen Säbelhieb über den Kopf, beide waren ahnungslos von der Ausstellung gekommen und waren auf dem Heimweg begriffen. Bei der Wirtschaft zum Vertur rannte ein Polizist einer Frauen Säbel in die Brust. Diejenigen, die der Frau Hilfe leisten wollten, wurden brutal niedergeschlagen und verhaun.

Das sind entsetzliche Proben polizeilichen Heldentums in der Schlacht zu Nürnberg. Aber wer trägt an solchen Vorkommnissen die Schuld?

Die bürgerliche Presse ist schnell dabei, sie der „aufhebenden Tätigkeit der Sozialdemokratie“ zuzuschreiben. Der „Fränkische Courier“ weiß davon zu berichten, daß in der Nähe der Motorenfabrik „Union“ seit Wochen Ausschreitungen sich ereignet hätten, die er natürlich den streikenden Arbeitern aufs Konto setzt. Das ist nicht wahr. Die Streikenden haben in völlig gesetzlicher Weise ihr Koalitionsrecht ausgeübt und natürlich zur Aufklärung etwaiger Arbeitswilliger Posten aufgestellt. Das war ihr gutes Recht. Zugespitzt haben sich die Verhältnisse erst seit etwa 8 Tagen, als die vom Unternehmertum aufgeregten Streikbrecher ihrerseits angriffsweise gegen die Streikenden vorgingen und es zu dem entsetzlichen Mord kam, dem einer der Streikleiter zum Opfer fiel. Jetzt war es die Streikleitung, die sofort vorbeugend eingriff. Als die völlig erklärlichen Anrempelungen vor der Fabrik sich wiederholten, zog der Metallarbeiterverband seine Streikposten zurück, um jede Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen diesen und den Streikbrechern zu vermeiden.

Von der Streikleitung oder um im Stile der Scharfmacher zu reden, von der „Sozialdemokratie“ war also alles getan, trotz der ungeheuerlichen Provokation jeden weiteren Konflikt zu vermeiden. Das geschah, obgleich die Klassenbewußte Arbeiterschaft auch die Haftentlassung jenes Nordbuben als Provokation empfinden mußte, der dem durch einen Schuß in die Brust schon tödlich getroffenen wehrlosen Streikführer kaltblütig noch zwei Revolvergeschüsse in den Rücken jagte. Es geschah trotz dieser Ungeheuerlichkeit oder vielmehr gerade deswegen!

Der kapitalistische Staat aber entwickelte in diesem Augenblicke alle seine Machtmittel, ließ Polizei und Militär aufmarschieren und, nachdem das Blutbad von Nürnberg vorbei ist und sich erwiesen hat, daß der Polizeisäbel und der Polizeirevolver ihre Arbeit hauptsächlich an harmlosen Posten verrichteten, finden sich unter den durch Glückszufall nicht Betroffenen noch heuchlerische Augenvörderer, welche das Entsetzliche mit dem albernen Gemeinplatz zu entschuldigen versuchen, daß der Unschuldige in solchen Fällen leider mit dem Schuldigen leiden müsse!

Ja, wer ist denn der Schuldige?  
 Ach, der leidet unter diesen polizeilichen Schlägen nicht oder wenigstens nicht unmittelbar! Der Schuldige ist der Kapitalismus! Der Kapitalismus, der die Interessengegensätzlichkeit in der modernen Gesellschaft erzeugt, der die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart hervorgerufen hat, die dann von Zeit zu Zeit und immer öfter zu so blutigen Schlachten ausarten müssen, wie in Breslau und Nürnberg. Der Schuldige ist der kapitalistische Staat, der gar nichts anderes weiß, als in den modernen wirtschaftlichen Kämpfen sich bedingungslos und ohne Ueberlegung auf die Seite des Kapitalismus zu stellen!

Was hatte die Polizei überhaupt vor der Fabrik zu suchen, in welcher die moderne privatkapitalistische Produktion die Arbeiter in einen Konflikt mit dem Unternehmertum hineingetrieben hatte? Was hat sie überall dort zu tun, wo ähnliches sich ereignet? Die Arbeitswilligen zu schützen? Ach wovor denn? Jeder-mann weiß ja doch, daß die Streikposten die Arbeitswilligen nur über die Ursachen des Konfliktes aufklären wollen. Aber daran hindert sie die Polizei. Der moderne Staat ist ein Werkzeug des Kapitalismus, vertritt die Interessen des Kapitalismus und läßt seine Diener im Interesse des Kapitalismus tätig sein.

Deshalb ist es möglich, daß ein Streikbrecher einen Streikposten ermorden kann, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wird.  
 Darum fühlt sich auch die Schuhmannschaft völlig in ihrem Recht, wenn sie in der geschilderten furchtbaren Weise vorgeht, ja, sie fühlt sich verpflichtet dazu!

Der Kapitalismus hat unsere Moralanschauungen völlig in seinem Sinne gewandelt, oder besser, die Moralanschauungen seiner Anhänger und Diener. Sie fragen nicht danach, ob irgend eine ihrer Handlungen im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse des Kulturfortschrittes liegt, ob sie sich ethisch wirklich rechtfertigen lassen: die Erhaltung des Privatkapitalismus ist ihr höchster Zweck, und dieser Zweck heiligt alle Mittel!

Wer am Kapitalismus rüttelt, wer auch nur den Profit gefährdet, wie diese streikenden Arbeiter in Nürnberg, der ist ein Verbrecher, gegen den ist jede Schonung ungerechtfertigt!

Aus dieser Anschauung heraus verbietet man das Streikpostenflehen, aus dieser Anschauung heraus erkennt man auf schwere Strafen gegen Streikende, aus dieser Anschauung heraus versucht man die Befehlgebung gegen die Arbeiterschaft mobil zu machen, diese Anschauung mildert in den Augen ihrer Vertreter die Verbrechen der Kapitalisten und ihrer streikbrechenden Helfershelfer, diese Anschauung führt die Polizeisäbel, lenkt die Polizeirevolver gegen Harmlose und kommandiert die Gewehre und Bajonette!

Der Privatkapitalismus ist schuld daran, daß solche Anschauungen möglich sind; die Schuld an dem Blutbad in Nürnberg trägt er, trägt der Kapitalismus!

## Die russische Revolution.

### Die Wirkung des Attentats auf Stolypin.

Der Zar hat den Ministerpräsidenten in einem Belleids-telegramm aufgefordert, unentwegt weiter gegen die wahnsinnige Revolution zu kämpfen. Der Selbstherrscher begreift nicht, daß das Ungeheuerliche, das Brutale der Revolution, das er als Wahnsinn empfindet, nur die Konsequenz des Wahnsinns, der Bestialität des Zarismus ist.

Selbstverständlich sind nach dem Attentat die Forderungen jener am Hofe einflussreichen Kreise, die die wildeste Gewaltpolitik gegen die Revolution wollen, nur noch lauter geworden. Aber aus verschiedenen Quellen wird berichtet, daß Stolypin sich nicht zur Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen drängen lassen werde. Die „Russ. Korrespondenz“, die seit dem Befehle des Herrn Dr. Nathan bei Stolypin allerlei Hoffnungen auf den Premier zu sehen scheint, läßt sich telegraphieren:

Petersburg, 28. August. Das Charakteristische der letzten beiden Tage ist, daß viele Messen für die Getöteten abgehalten und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden. Stolypin behält die volle Ruhe des Staatsmannes; er bleibt auf seinem Posten und ist gegen neue Gewaltmittel. Ein kleiner Kreis eingesezierter Mitglieder des Reichsrats hielt Beratung und beschloß, rasche Einberufung der Duma zur Abschwächung der Repressionspolitik vorzuschlagen. In leitenden Kreisen ist starke Strömung für Verschärfung der Gewaltmittel, besonders gegen die Presse, trotz ihrer taftvollen Haltung.

Gleichzeitig erschien in offiziellen Regierungsorgan „Rossija“ ein Leitartikel, der ähnliches sagt. Es heißt darin, die Regierung besitze genügende Gewalt zur Unterdrückung der Attentate und verbrecherischen Handlungen, sie erblicke aber darin nicht ihr Hauptziel und die Grundlage ihrer Tätigkeit. Als nächste Pflicht betrachte die Regierung die Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen für die Duma. Unauflösbare Fragen würden bis zum Zusammentritt der Duma in gesetzlich vorgesehener Weise von der Regierung erledigt werden. Die Revolutionäre könnten die Tätigkeit der Regierung nicht hindern, da ein Wechsel im Bestand der Vertreter der Gewalt die Regierung nicht veranlassen könne, auf Reformen zu verzichten, deren Notwendigkeit längst von den ruhigen, aufgeklärten Massen der Bevölkerung erkannt wurde.

Die Regierung beteuert also abermals, daß sie nicht reaktionär sei, daß sie Reformen bringen werde. Die Häufung der Attentate scheint sie demnach zu einem Appell an die Bevölkerung gegen die Revolution zu bewegen. Es wird keinen Erfolg haben, da die Taten der Regierung ihren Worten doch allzu herbe auf die Fehen treten. Das Volk hat diese Regierung bisher nur als Unterdrückungsorganisation, als Henkerbande kennen gelernt. Keine einzige positive Leistung, kein noch so winziges Reformchen ist bisher zu schauen gewesen, obwohl Stolypin mehrfach versichert hat, daß Reformen, zu deren Vollziehung die Mitwirkung der Duma nicht nötig sei, auf administrativem Wege durchgeführt werden sollten.

Sehr hübsch paßt übrigens zum Leitartikel der „Rossija“ die folgende Meldung des „Russ. Kuriers“:  
 Da die Resultate der Uebung der Polizeibeamten mit Maschinengewehren überaus günstig sind, soll jetzt eine besondere Maschinengewehr-Abteilung unter Leitung von zwei Offizieren zunächst bei der Petersburger Polizei formiert werden.

## Die Gründe der Tötung des Generals Winn.

Der Getötete war einer der schlimmsten, grausamsten Blut-hunde, die im Dienste des Zaren stehen. Er war als Oberst Kommandeur des Semenovischen Regiments, das sich bei der Unterdrückung der Moslauer Aufstände so sehr ausgezeichnet hat. Seine Devise war: „Augeln nicht sparen!“ und er hat eigenhändig die Ge-

rechten und Ungerechten ohne jegliche Untersuchung niederknallt. Dabei ging er mit Vorliebe wie folgt vor: nachdem er die ihm als verdächtig bezeichneten Personen zu sich kommen ließ, richtete er einige Fragen an sie, und wenn die Befragten ihre völlige Unschuld zu beweisen bereit waren, trieb er sie mit dem Bemerkens fort, sich schnurstracks nach Hause zu begeben. Kaum hatten sie einige Schritte getan, als ihnen Minn und sein Komvoi mehrere wohlgezielte Schüsse nachjagten, die die Unglücklichen niederstreckten. Verwundete Häftlinge, die in den überfüllten Krankenhäusern Moskaus keine Aufnahme finden konnten und in dem Sanitätszug untergebracht waren, wurden auf Minns Befehl hinausgeworfen und sind elend erstorben. Auch ließ Minn seine Mannschaften allzu oft das Bajonett in Anwendung bringen und mehrere Klagen überlebender Krüppel warten noch der gerichtlichen Entscheidung. Diese und andere Taten Minns wurden feinerzigt von den russischen Blättern unbeanstandet gebracht und erregten viel Aufsehen. Noch kürzlich wurde Minn von militärischer Seite öffentlich aufgefordert, wenigstens einen Teil der ihm unter eiblichen Ausfagen zur Last gelegten Grausamkeiten zu widerlegen. Doch Minn schwieg, der Jar aber beförderte ihn zum General, ernannte am 4. August seine Tochter zur Hofdame der Jarin und beabsichtigte jetzt, den General Minn mit einer Strafexpedition nach den Ostprovinzen zu entsenden, was die russischen Revolutionäre mit der Ermordung des verhafteten Generals Minn quittierten.

### Der jüdische Arbeiterbund über den letzten Massenstreik.

Die russische sozialdemokratische Partei ist gegenwärtig ihrer Propaganda beraubt und kann sich über den misslungenen Massenstreik öffentlich nicht äußern. Das Zentralkomitee hat sich im fünften Hefen „an die Parteioptionen“ (11. August) über den von ihm eingenommenen Standpunkt und die Ursachen des Mißerfolges ausgesprochen; es besagt aber kein öffentliches Sprachrohr, um sich an die Allgemeinheit zu wenden.

Im Gegenzug dazu besitzen die Bundisten die Möglichkeit, ihren Standpunkt öffentlich bekannt zu machen. Im Wochenorgan der Bundisten (Nr. 5 und 6) sind Mitteilungen über den Massenstreik enthalten, die so wichtig sind, daß wir sie hier wiedergeben müssen, obgleich wir gleichzeitig darauf aufmerksam machen, daß sie der Ausdruck der Meinungen einer gewissen Partei sind und nur als solcher gelten können.

„Nach der Dumaauflösung“, wird da mitgeteilt, „sahen Beratungen der Vertreter verschiedener Organisationen statt, ursprünglich in vielumfassender Zusammensetzung, nämlich unter der Beteiligung vieler Verbände (Eisenbahner, Postbeamte, Ingenieure, Lehrer, Rechtsanwälte, Verband der Verbände usw.) und nachher in engerer Zusammensetzung, als Konferenz der revolutionären Organisationen und der Arbeits- und sozialdemokratischen Dumafraktionen. Die Mehrzahl war für die Forderung: „Einberufung einer Konstituante“; das Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Partei verteidigte die Forderung: „Durch die Duma zur Konstituante“. Als Taktik wurde von der Mehrzahl Abwarten empfohlen; das Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Partei schlug den Generalstreik vor; die polnische E. D. P. empfahl einen ein- oder zweitägigen Demonstrationstreik. Die abwartende Taktik siegte. Man beschloß, ein gemeinsames Informationsbureau zu bilden.“

Die Militärmeutereien änderten die Sachlage. Die Streikfreunde argumentierten: Wenn die Militärmeutereien nicht unterdrückt werden, so werden sie erfolglos verlaufen, im Militär wird Enttäuschung und Erbitterung gegen das Proletariat zurückbleiben, künftiges Zusammenwirken von Proletariat und Armee wird erschwert werden. Auf planmäßiges Hervortreten des Bauerntums zu warten, ist zwecklos, solche planmäßige Bauernbewegung ist nicht möglich; die Agrarunruhen werden, wie jetzt, so auch künftig, sporadisch und planlos ausbrechen. In den Städten sieht man Monate lang, bis zur neuen Duma, abwartend zu verhalten, ist unmöglich; nach der Unterdrückung der Militärmeutereien wird aber die Situation für Massenbewegungen viel weniger günstig sein; der Augenblick der Militärmeuterei soll benutzt werden auch für die Massenbewegung in den Städten.

Außerdem hat das Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Partei in einem Zirkularschreiben hervorgehoben, daß die aufgelöste Duma das einzige Gebilde ist, das als Zentrum der Massenbewegung dienen und der zarischen Regierung als Gegenregierung entgegengesetzt werden kann; gerade jetzt soll die Duma benutzt werden, bevor sie als feststehendes und vom Volke anerkanntes Gebilde zu existieren aufgehört hat; bei einer Massenbewegung im gegenwärtigen Augenblick läuft auch das Proletariat an wemigsten Gefahr, isoliert zu bleiben. Falls eine aktive Bewegung unmöglich ist, soll ein andauernder, sich in die Länge ziehender Kampfeszustand und dafür eine revolutionäre Atmosphäre geschaffen werden; Streiks, Demonstrationen, Proteste, Lokalkämpfe, dies alles soll die gehobene Stimmung aufrecht erhalten, die nachher in den Entscheidungskampf übergehen wird, und für diesen Zweck wird der Generalstreik ein Hebel sein.

Ein letzter Stoß drängte zum Streik: das Petersburger Komitee der russischen sozialdemokratischen Partei hatte, ohne den allgemeinen Beschluß abzuwarten, selbst in St. Petersburg den Massenstreik proklamiert.

Der Bund suchte sich in seinem Zirkularbrief dahin, daß er bei der gegenwärtigen Situation auf Erfolg nicht rechnet und den Augenblick für ungünstig hält, daß er aber, nachdem fast alle größeren Organisationen den Streik proklamiert haben, die allgemeine Solidarität nicht verlegen und an der Gesamtbewegung auch teilnehmen wird.

Nachdem der Massenstreik misslungen war, legte der Bund die Wichtigkeit im Wochenorgan seiner Partei die Ursachen auseinander, die nach den Ansichten seiner Parteigenossen zum Mißerfolg geführt hatten. 1. Aus der aufgelösten Duma ein Revolutionszentrum machen zu wollen, das bedeutete, sich auf ein leeres Nichts stützen zu wollen. Die Duma ließ sich auflösen; der Moment, wo sie sich an die Spitze der Bewegung stellen konnte (falls sie selbst dazu fähig wäre), ist nicht benutzt worden; sie ist nicht mehr. 2. Die Zeit, wo eine Reihe Demonstrationen und Streiks, die im voraus zur Unterdrückung bestimmt waren, als Agitationsmittel dienen, ist vorüber. Gegenwärtig sind Massenbewegungen so vielumfassend, so fürchtbar ernst, so bedeutungsvoll, daß sie nur als wirkliche Kampfesbewegungen inszeniert werden können, und dies ist nur dann möglich, wenn auf den Sieg gerechnet wird, was hier nicht der Fall war. 3. Die Städte wissen, daß sie ohne das Bauerntum nicht stehen können. Die Bauernrevolution kann nicht so planmäßig organisiert werden, wie die städtische; es ist aber falsch, daß auf dem Lande nur sporadische Ausbrüche wie die jetzigen möglich sind. Die Bewegung auf dem Lande kann quantitativ eine so umfassende werden, daß die Regierung nicht mehr festen Fuß hat und qualitätlich sich zu einer bestimmten politischen entwickeln. 4. Es ist falsch, daß, wenn der Augenblick der Militärmeutereien nicht benutzt wird, die Bewegung in einer noch ungünstigeren Situation geistehen soll. Es sollen überhaupt keine Bewegungen stattfinden, während die Situation dieselbe bleibt; sie dürfen erst inszeniert werden, wenn der Kampf um den Sieg möglich geworden ist. Man kann nicht mehr so, wie in der früheren Agitationszeit, die Massen auf die Straßen rufen, ohne die volle Sicherheit zu haben, daß nicht mehr eine Demonstration, sondern ein allgemeiner Kampf entstehen wird.

Die Revolution war noch nicht mächtig genug, um den Zarismus zu stürzen. Die Reaktion ist nicht stark genug, um die Revolution zu unterdrücken. Die Regierung selbst sorgt dafür, daß revolutionäre Feuer immer mächtiger zu entfachen. Wenn im Volke selbst die revolutionäre Welle wieder steigt, dann wird der Augenblick gekommen sein, um den wirklichen Kampf zu beginnen.

### Die Verfolgung der Dumaabgeordneten.

Wir haben früher mitgeteilt, daß in Kamonta, Gouvernement Wensa, sich das Volk der Verhaftung des Abgeordneten Wragow widersetzt hat. Am 17. August wurde den „Russischen Wod.“ 21 Wensa telegraphiert: „Am 15. August wurde auf Grund des § 21 des Reglements vom verhafteten Schen in Kamonta der ehemalige Dumaabgeordnete Wragow verhaftet; 82 vermeintliche

Nadelsführer, auf welche der Stanowoj (Bezirkschef) und der Urdjadm (Landpostchef) hinwies, wurden zu gleicher Zeit verhaftet. Der Gouverneur Alexandrowsky hatte selbst die Gemeindeverammlung einberufen und mit Kojaken umzingelt; er zwang die Gemeinde, vor ihm zu knien und forderte, sie sollte die Nadelsführer nennen und selbst ausliefern; diese Forderung wurde aber nicht erfüllt. Der Priester, der am 12. August (Geburtsstag des Thronfolgers) eine Totenmesse für Dergenslein gehalten hatte, wurde auf Befehl der Gouvernementsbehörden in ein Kloster eingesperrt.“

Bei der Hausdurchsuchung beim Abg. Soffer wurden als Trophäen Menans „Leben Jesu“, Marx „Kapital“ und eine Nummer der gewerkschaftlichen Zeitung „Semaplor“ gefunden. Nach einigen Tagen Soffer wurde freigelassen; die drohende Haltung der Bauernbevölkerung hat dazu beigetragen. (Dlo., 8. 21. August).

### Sonstige Meldungen.

Riga, 28. August. Das in Drestenhof, wo bekanntlich Revolutionäre einen Landgendarmen ermordeten und sonstige Greuelthaten verübten, eingetroffene Kosakenstrafkorps hat drei Räuber auf der Stelle hingerichtet. 40 erhielten Knutenstriche.

Samarra, 28. August. Gestern abend veranfaßte eine etwa 400 Köpfe zählende Menschenmenge unter Vorantragung roter Fahnen und unter Abingung revolutionärer Lieder einen Unzug. Beim Eingange zur Dworonskajastraße stieß die allmählich auf gegen 2000 Menschen angewachsene Menge mit der Polizei zusammen, hierbei erhielt ein Polizist eine leichte Wundwunde, der Gehülfe des Postinspektors sowie mehrere Polizisten wurden durch Steinwürfe verletzt.

Riga, 28. August. Auf offener Straße wurde ein Steuerbeamter überfallen und um 1500 Rubel beraubt. Ein herbeigeeilter Schutzmann wurde getötet. Eine Patrouille verhaftete einen Räuber, der eine Verwundung erlitten hatte. Ein anderer, bei dem das Geld vorgefunden wurde, wurde getötet, die übrigen entlassen.

Iwanowo-Wodnesensk, 28. August. In den Kreisen Kowrow und Sussal haben sich Vanden gebildet, deren hauptsächlichster Zweck es ist, die Kronsbranntweinbuden auszurauben.

Petersburg, 28. August. (W. L. W.) Im Leichenhaus des Peter-Paul-Hospitals befinden sich noch zehn nichtretrognosizierte Opfer der Explosion in der Villa des Ministerpräsidenten Stolypin, darunter zwei Kinder und eine Frau.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. August.

### Graf Stradowitz gegen die „Kölnische Volkszeitung“.

Bekanntlich hatte die „Kölnische Volkszeitung“ den Grafen Stradowitz, den Zentrumsagrorier und Feind des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, der trotz — oder auch wegen — dieser Eigenschaften Mitglied der preussischen Zentrumsfraktion ist, wegen seiner in der „Deutschen Tageszeitung“ mit allzu zynischer Offenherzigkeit geäußerten Anschauungen gelinde abgerüffelt. Das rheinische Zentrumsorgan hatte zwar dem Grafen Stradowitz zu verstehen gegeben, daß man ihm keine Träne nachweinen werde, wenn er freiwillig aus der preussischen Zentrumsfraktion austreten werde, allein zu der kategorischen Forderung der Hinausbeforderung dieses Fraktionsmitgliedes hatte sich auch die „Kölnische Volkszeitung“ nicht aufzuschwingen vermocht!

Graf Stradowitz ergreift nun abermals in dem Organ Knuten-Dertels das Wort gegen die „Kölnische Volkszeitung“. In diesem Blatte, behauptet der Zentrumsgraf, der es als preussischer Zentrumsabgeordneter ja wissen muß, komme zum Teil eine Richtung zum Ausdruck, die durchaus nicht die Wünsche des katholischen Volkes in seiner konservativen Mehrheit vertritt. Die „Kölnische Volkszeitung“ übersehe in ihrer „Diktatorenlaune“, daß die Beurteilung der innerpolitischen Lage Deutschlands, wie er sie sich erlaubt habe, nicht nur von weiten Kreisen der konservativ gesinnten Zentrumspartheigänger geteilt werde, sondern daß auch bereits linksstehende Katholiken zu der Ueberzeugung kämen, daß es mit der modernen Sozialpolitik der Reichsregierung so nicht weiter gehe! Die „Kölnische Volkszeitung“ dürfte doch wissen, daß in der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses schon so mancher Herzenswunsch derjenigen Richtung begraben worden sei, die in der „Kölnischen Volkszeitung“ manchmal zum Durchbruch komme. Deshalb würden sich die Altpreußen, katholische wie evangelische, vor der Jenfur der „Kölnischen Volkszeitung“ nicht allzu sehr fürchten. Besonders zurzeit gelte es für die konservativ gesinnten Katholiken, zusammenzuhalten und sich nicht von der „modernen Richtung an die Wand drücken zu lassen, sowohl in ihrem eigenen Interesse als besonders in dem der Allgemeinheit.“

Graf Stradowitz scheint also in der Tat der kleine Kirchenbann der „Kölnischen Volkszeitung“ nicht allzu sehr zu imponieren. Er weiß genau, daß er einen Rückhalt findet in der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses. Er weist denn auch darauf hin, daß schon einmal die „Kölnische Volkszeitung“ gegen ihn Stellung genommen habe, als er in einem benachbarten Wahlkreise — im Einverständnis mit der preussischen Zentrumsfraktion — in den katholischen Ortschaften für den konservativen Kandidaten eingetreten sei. — Auch damals habe die „hohe Erlaubnis“ der „Kölnischen Volkszeitung“ gefehlt, worum sich die preussische Zentrumsfraktion nicht im geringsten gekümmert habe. Graf Stradowitz weiß, daß nicht nur in der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, sondern auch in der Fraktion des Reichstages die konservativen Tendenzen überwiegen, und daß sein Wort „das Zentrum wird agrarisch sein oder es wird nicht sein“ in Erfüllung gegangen ist.

Die „Kölnische Volkszeitung“ wird die Antwort nicht schuldig bleiben — aber Graf Stradowitz wird nichtsdestoweniger als preussischer Zentrumsabgeordneter die konservativ-agrarische, antisozialpolitische Richtung weiter vertreten. Er wird mit seinen Gefinnungsgenossen fortfahren, die Regierung zu verschüchtern, daß sie es schon auf einen Staatsstreich ankommen lassen dürfe, um gegebenenfalls einen Reichstag zustande zu bringen, der entgegen der famosen Flottengeheißlaufel unter Schonung der Leistungsfähigen dem Proletariate neue schwere indirekte Steuerlasten aufbürden könne! —

### Südwestafrikanische Ausichten!

In dem halbsozialistischen Scherl-Blatt findet sich ein sehr interessanter Artikel über die „Verminderung der Schutztruppen in Südwestafrika“. Selbstverständlich, heißt es darin, herrsche das Streben vor, die Rückführung aller entbehrlichen Streitkräfte so schnell wie möglich zu bewerkstelligen, doch seien diese Maßnahmen keineswegs so leicht durchführbar, als es auf den ersten Blick erscheinen möge. Auf den drei Abkömmlingen des südwestafrikanischen Kriegsschauplatzes seien die Verhältnisse ganz verschieden. Nichts destoweniger müsse in allen drei Gebieten die Frage sorgfältig geprüft werden, welche Höhe die in Zukunft

in Südwestafrika zu belassende Schutztruppe überhaupt haben müsse, um vor Ueberraschungen ein für allemal sicher zu sein. Dazu sei auch im Frieden eine entsprechende Nachentfaltung unbedingt erforderlich. Die zurückbleibende Truppenmacht würde sich nicht nur auf das Besetzen der Hauptzentren beschränken, sondern müsse auch die zur Kolonisation besonders geeigneten Terrains an den größeren Wasserstellen umfassen, denn den schwarzen Eingeborenen imponiere nur derjenige als „Herr“, dessen Macht sie sähen und fühlten.

Eine entsprechende Nachentfaltung sei also auch im Frieden unbedingt notwendig. Und man werde schwerlich fehlgehen, wenn man sage, daß die hierzu erforderliche zukünftige Gesamstärke der im Schutzgebiet zu belassenden Truppen auf etwa 7000 Köpfe bemessen werde. Die Wiederung dieser Kräfte im einzelnen unterliege zurzeit noch der Erörterung. Vorausichtlich würde die Truppenzahl auf etwa 20 Kompagnien, 6 Batterien und 12 Maschinengewehrsektionen a 2 Maschinengewehre bemessen werden, auch die Verwendung von Kamelreitertropfen zur Ueberwindung von Durststrecken sollen in Erwägung gezogen worden sein.

Da man weiß, welche vorzügliche Informationen das Scherl-Blatt gerade aus kolonialen und kolonialmilitärischen Kreisen erhält, dürfen seine Angaben jedenfalls den Plänen maßgebender Stellen entsprechen! Diese Pläne gehen aber dahin, nicht nur für die nächste Zeit, also die nächsten zwei oder drei Jahre, ein Truppenangebot von 7000 Mann in der Kolonie zu unterhalten, sondern überhaupt für alle Zukunft. Das ist aber ein Projekt, das dem Reiche dauernd ganz enorme Ausgaben verursachen würde. Nehmen wir an, daß die Unterhaltung der 7000 Mann pro Tag nur 100 000 M. betragen würde, so machte das für den Monat 3 Millionen, für das Jahr also 36 Millionen Mark! Und diese enormen Ausgaben sollen für eine Sandwüste verausgabt werden, über deren wirtschaftliche Entwicklung selbst die kühnsten Optimisten die deprimierendsten Auffassungen hegen. Und doch kann es als sicher gelten, daß auch für eine solche aberwitzige Geldverschwendungspolitik die maßgebenden Parteien des Reichstages zu haben sein dürften. Selbst Herr Erzberger hat ja bereits angekündigt, daß das Zentrum im Herbst neue hundert Millionen für den Kolonialkrieg bewilligen würde, sofern nur die Regierung einigen guten Willen beweise, den „kolonialen Augiasstall auszumisten“. Und ganz zweifellos wird das Zentrum auch für die Kosten der Unterhaltung einer 7000 Köpfe starken südwestafrikanischen Kolonialarmee eintreten, wenn nur den Missionen der gewünschte Spielraum gelassen wird. Und wenn gar, wie jetzt verlautet, der katholische Regierungspräsident von Schorlemer als Nachfolger Poddieleski bestimmt sein sollte, wäre der Pakt des Zentrums mit der Regierung vollends perfekt! —

## Deutsches Reich.

### Bülow — Poddieleski.

Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ gibt jetzt zu, daß Poddieleski in dem Scherlorgan die Unwahrheit gesagt hat. Sie schreibt nämlich:

Vermutlich liegt eine Verwechslung (der angeblichen Aufforderung durch den Kaiser) mit dem Schreiben des Reichskanzlers an den Landwirtschaftsminister vor, in dem dieser freilich weder zur Rechenschaft noch zur Einreichung eines Entlassungsgesuches aufgefordert, sondern lediglich ersucht wurde, dem Fürsten Bülow Material zur Verfügung zu stellen, auf Grund dessen er die Haltlosigkeit der gegen Herrn v. Poddieleski in der Presse erhobenen Vorwürfe beweisen konnte. Daraufhin hat allerdings der Landwirtschaftsminister gebeten, seinen Wunsch nach Entlassung dem Kaiser zu unterbreiten. Es hat wahrhaftig keinen Zweck, diesen Sachverhalt, der nummehr so gut wie festgestellt ist, zu verbunkeln.“

Wenn diese Lesart richtig ist, wäre Bülow glänzend gerechtfertigt, d. h. insoweit, als er durch die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ hatte verurteilt lassen, daß Bod ihn ersucht habe, dem Kaiser seinen Wunsch nach Entlassung zu unterbreiten. Doppelt unerklärlich wäre es freilich, daß Bülow auf die Erklärung des Landwirtschaftsministers, die „Nordd. Allgem. Ztg.“ sage die Unwahrheit, er habe seine Entlassung nicht eingereicht, mit der kgl. Erklärung quitiert hat, daß Wilhelm II. im Einverständnis mit Bülow zurzeit einen Entschluß über das Entlassungsgesuch nicht fällen könne. Der Auffassung, daß Bülow jämmerlich die Segel gestrichen hat, ist auch die „Kölnische Volkszeitung“. Sie bemerkt zu dem „Duell Bülow-Poddieleski“:

Die offizielle Presse brachte zwei Notizen, die nur dann begreiflich sind, wenn man weiß, daß Fürst Bülow unter allen Umständen den Minister los haben wollte. Poddieleski hat als seine Garde gewisse Kreise in der Umgebung des Kaisers, die auf die Presse schlecht zu sprechen sind, und den „Lokalanzeiger“, dem er sich anvertraute. Seine Position muß damals noch gut gewesen sein, sonst wäre Herr Scherl kaum auf seine Seite getreten. Es ist nämlich nicht hinreichend bekannt, daß der „Lokalanzeiger“ an höchster Stelle ganz vorgelegt wird; von anderen Zeitungen kommen nur Ausschnitte auf den Lesetisch.

Die Tatsache, daß der Kaiser von allen deutschen Blättern nur den „Lokalanzeiger“ unzerschnitten zu Gesicht bekommt, erklärt allerdings zur Genüge sein wenig schmeichelhaftes Urteil über die deutsche Presse!

Die Tätigkeit der „Südwestafrikanischen Siedlungsgesellschaft“ bildete gestern abermals den Mittelpunkt einer Verhandlung, die die 8. Ferienstrafkammer des Berliner Landgerichts I mehrere Stunden hindurch beschäftigte. Es handelte sich um die Privatklage des Konstals Ernst Vohsen gegen den Kreisassessor Gerstenhauer und den Redakteur der „Deutschen Zeitung“ Eichler. Als in der Öffentlichkeit und auch in der Reichstagskommission eine Reihe von Angriffen gegen die Tätigkeit der Siedlungsgesellschaft erhoben wurden, veröffentlichte Konstal Vohsen in der „National-Zeitung“ einen längeren Abwehrartikel, in welchem er die Veredlung der Angriffe scharf zurückwies und seine Gegner als Leute kennzeichnete, die diese Angriffe aus schlechter Absicht erhoben. Der Angeklagte Gerstenhauer veröffentlichte darauf in der „Deutschen Ztg.“ zwei Artikel und kritisierte darin an der Hand von Zahlen die Tätigkeit der Siedlungsgesellschaft höchst abfällig, indem er ihr den Vorwurf machte, daß sie die ihr gewährte staatliche Landkonzession nicht dazu benutze, um möglichst viel Ansiedler nach Südwestafrika zu ziehen, sondern um Landspesulationen zu treiben und einen müßelosen Gewinn einzuharsten. Als Konstal Vohsen darauf eine Erwiderung der „D. Ztg.“ ein sandte, folgten noch einmal zwei Artikel des Angeklagten Gerstenhauer, der darin die ersten Behauptungen durchaus aufrecht erhielt. Diese Artikel bilden den Gegenstand einer vom Konstal Vohsen erhobenen Privatklage gegen Herrn Gerstenhauer als Verfasser und Herrn Eichler als Redakteur. In den Artikeln wird Herr Vohsen „Wortklauberei“ zum Vorwurf gemacht, die Herren der Siedlungsgesellschaft werden als „ungeheuerliche Patrioten“ geschildert, die an dem Aufstehen der Hereros mit Schuld seien, da sie in Wirklichkeit die Befriedung erwärten. Die Siedlungsgesellschaft, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichere, entwickle keine gemeinnützige Tätigkeit, und da die Absicht der Schenker des Landes, nämlich des

Staates und der Kolonialgesellschaft, getäuscht worden sei, so lasse sich das Kolossale, in der Konzeptionsentwicklung enthaltene Wesen nicht mehr rechtfertigen. Die Gesellschaft habe jahrelang ihren Gewinn verschleiert, indem sie keine Dividende zahlte, sondern die Ueberschüsse als Rücklagekonten buchte. — Das Schöffengericht hatte seinerzeit nach eingehender Verhandlung auf Freisprechung erkannt, indem es den Angeklagten den Schwur des § 193 zubilligte. In der gestrigen Verhandlung vor der Berufungsinstanz suchten der Privatkläger und Justizrat Kleinholz in langen Ausführungen darzulegen, daß die gewählten Ausdrücke schwere Beleidigungen gegen den Konsul Wölben enthalten und die Angriffe gänzlich unberechtigt seien. — Die Angeklagten und die Rechtsanwältin Stolte und Fiederer bestritten jede Absicht persönlicher Beleidigung und boten für die aufgestellten Behauptungen den Wahrheitsbeweis an, indem sie sich auf das Zeugnis der Gouverneure François und Leutwein, den Kommissar Kohrbach und den Farmer Mittelstaedt beriefen. Die Artikel beabsichtigten nicht, den Privatkläger zu beleidigen, sondern darzutun, daß die Konzeptionspolitik der Regierung ein Krebsgeschwür sei, der dem Volke unermessliche Werte entziehe. Es handele sich um den Kampf zweier Prinzipien: der privatwirtschaftlichen Interessen und der kolonialpolitischen Interessen. — Die Berufungskammer kam, nachdem von beiden Seiten eifrig die sich bekämpfenden Ansichten vorgetragen worden waren, wiederum zu einer Freisprechung der Angeklagten auf Grund des § 193 des Strafgesetzbuchs.

**Die angebliche Beleidigung der Justizbürger Strafkammer**  
Ist nun anscheinend dadurch gesühnt, daß zwei Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen zu Gefängnis resp. Geldstrafen verurteilt worden sind, weil sie es für ihre Pflicht hielten, Kritik an einem Gerichtsurteil zu üben, welches das Rechtsgefühl derer aufs tiefste verletzte, die Augenzeugen der Erschießung des Landarbeiters Walter durch den Inspektor Keufang gewesen waren. Die Strafkammer zu Jasterburg, welche den Inspektor freisprach, weil sie annahm, dieser habe sich dem Erschossenen gegenüber in Rotwehr befunden, muß ein ganz falsches Bild erhalten haben. Das ist die Auffassung einer ganzen Reihe von Augenzeugen der Erschießungsaffäre auf dem Gute Kuitelheim im Kreise Jasterburg. Denn gleich nach der Gerichtsverhandlung, als das Urteil und dessen Begründung bekannt wurde, schlug man in Kuitelheim und auf dem benachbarten Dorfe Stablader die Hände über dem Kopf zusammen und rief aus: „wie ist das möglich?“ Man hatte auch ganz sicher erwartet, daß der Staatsanwalt Revision gegen dasselbe einlegen würde. Und als das nicht geschah, rief man nach dem Wiederaufnahmeverfahren. Die Gemüter haben sich auch jetzt noch nicht beruhigt, um so weniger, als nun hier in Ostpreußen bekannt wurde, daß zwei sozialdemokratische Redakteure, die gleich den Augenzeugen des Vorfalles die Freisprechung des Inspektors unbegründet fanden, bestraft worden sind. Es wird behauptet, bei der Gerichtsverhandlung in Jasterburg müssen Mißverständnisse obgewaltet haben. Käme es zu einer nochmaligen Verhandlung, so würde das Gericht zweifellos ein ganz anderes Bild von dem Vorgang bei der Erschießung des nächstern ahnungslosen Menschen durch den als gewalttätig bekannten Inspektor erhalten und zu einem ganz anderen Urteil kommen.

Auch heute behaupten die Augenzeugen noch, der Inspektor wäre nach kurzem Wortwechsel über den Hof nach seiner Stube geeilt, hätte das Gewehr geholt und den bestürzten Arbeiter, der gar nicht in der Lage gewesen sei, sich zur Wehr zu setzen, aus nächster Nähe über den Hof geschossen. Der Gutspächter selbst habe dem an ihm mit dem Gewehr vorbeiziehenden Inspektor noch zugerufen: „Herr Keufang, was wollen Sie mit dem Gewehr?“

#### Wilhelm II. und die Wünschelrute.

Ein offizielles Telegramm meldet, daß der Prinz Hans Carl, ein früherer Militäroffizier, dem Kaiser Experimente mit der Wünschelrute mit bestem Erfolge vorgeführt habe. Nach den Erklärungen des Prinzen selbst ist es ihm gelungen, mit seiner Wünschelrute von der kaiserlichen Familie verlorene Geldtäschchen, Brillantadornen usw. aufzufinden. Auch das Quellenfinden habe den Triumph der Wünschelrute bewiesen. In etwa 50 Meter Tiefe sei das Vorhandensein einer bisher unerschlossenen Süßwasserquelle „festgestellt“ worden, außerdem seien noch mehrere Mineralquellen unweit vom Schloßpark von Wilhelmshöhe aufgefunden worden, worauf der Kaiser den Wunsch ausgesprochen habe, daß diese Mineralquellen recht bald angebohrt werden möchten.

Die „Bosnische Zeitung“ wirft die Frage auf, auf welche Weise man denn das Vorhandensein dieser entdeckten Quellen „festgestellt“ habe. Sei alsbald 50 Meter tief gebohrt oder gegraben worden? Bekanntlich ist ja auch ein aristokratischer Quellenforscher mit der Wünschelrute nach Südwestafrika gegangen, um dort im amtlichen Auftrage Quellen zu finden. Da Prinz Carl sich rühmt, nicht nur Quellen, sondern auch Mineralien, speziell Diamantlager mit der Wünschelrute ausfindig machen zu können, wäre es sehr gut, wenn man ihn unverzüglich seinem Kollegen von der Wünschelrute nach Südwestafrika nachschickte! Sicherlich gelänge es dem Herrn, endlich einmal jene Diamantlager in unserem „Wüstwest“ zu entdecken, die in der Phantasie unserer Kolonialphantasten schon seit manchem Jahre eine so große Rolle spielen. Von dem Erfolg dieser Diamantfunde könnte man ja dann die Kosten für die so kostspielige südwestafrikanische Kolonialpolitik bestreiten!

Ein „lästiger“ Ausländer. An einer Privatschule in Düsseldorf war unser Genosse L. Garatti als Sprachlehrer tätig. Dessenfalls trat derselbe nicht hervor, wußte er doch, wie gefährlich dieses für seine wirtschaftliche Existenz in Preußen werden konnte. Die erste Kunde er deshalb, als er eines schönen Tages eine polizeiliche Aufforderung erhielt, innerhalb acht Tagen Preußen zu verlassen. Da er sich keines Verstoßes gegen die Gesetze bewußt war, ging er zur Polizei, um Aufklärung zu heischen. Dort wurde ihm die Frage vorgelegt, ob er Sozialist sei, und als er dieselbe bejahte, erklärte man ihm, daß sei der Grund, man habe Sozialisten genug in Deutschland, man brauche die ausländischen nicht. Eine Beschwerde gegen die Verfügung bei dem Regierungspräsidenten war erfolglos, ohne Angabe von Gründen wurde dieselbe zurückgewiesen.

Das „Verbrechen“, das Garatti begangen, war auch zu „schwerer“ Natur, als daß die preussische Behörde noch einmal ein Auge zudrücken durfte. Garatti hatte sich gegen den heiligen Kapitalismus vergangen — das mußte geraden werden. Er hatte in engerem Kreise seine Landsleute in Düsseldorf, die italienischen Erd- und Hülfsarbeiter, über ihre kümmerlichen Rechte, die ihnen zustehen, aufgeklärt, er hatte ihnen mit Rat und Tat bei Differenzen mit ihren Arbeitgebern zur Seite gestanden. Die ausländischen Arbeiter sind den Unternehmern als willige und billige Ausbeutungsobjekte willkommen, Aufklärungsarbeit darf an ihnen aber nicht vorgenommen werden, dann leidet ja der Profit. Und weil Garatti eine solche Arbeit an seinen unwissenden Landsleuten vornahm und dieselben sich auch als gelehrige Schüler zeigten, deshalb die Strafe!

#### Militärische Freuden.

Strasbourg, 23. August. (Fig. Ver.) Das garnisonsegnete Reichsland weiß von militärischen Freuden sonder Zahl zu erzählen, und es wechseln da in angenehmer Folge Spielergeschichten (siehe Dieuze), Gessandale (siehe Jorbach), „Aufbruchprozesse“ (siehe Metz) und ähnliche. Wir nahmen schon öfters Gelegenheit, an dieser Stelle über die uns hauptsächlich interessierenden Gerichtsverhandlungen zu berichten, in denen Delikte betreffend das Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen in Frage kamen. Man erinnere sich des Weizer Falles: Ein Gefreiter kommt auf der Strafe wegen einer ihm untreu

gewordenen Diene in Streit mit einem Sergeanten; in alkoholischer Eifersuchtslaune gibt er dem Bestrehenden zwei Faustschläge ins Gesicht und schlägt ihm sein gezogenes Seitengewehr aus der Hand. Resultat: 5 Jahre Gefängnis. Ein anderer Fall: Ein Unteroffizier der Dieuzer Chevaulegers behandelt seine Leute in roher Weise mit Faust und Fesen. Resultat: 10 Tage Mittelarrest. Ein dritter Fall: Ein Landwehmann, der drei Jahre tadellos gedient, seine vorgeschriebenen Referveübungen richtig erledigt hat, stellt sich gezwungen, im Ausland für seine kranke Familie den Unterhalt zu verdienen. Der Einberufung zu einer armeneligen Uebung vermag er keine Folge zu leisten, soll seine Familie nicht dem Ruin anheimfallen. Er reklamiert. Die Reklamation wird abgewiesen. Der Mann ersucht trotzdem seine Pflicht als Familienvater, meldet sich aber sobald als möglich wieder im Inland. Resultat: Indem seine unglückliche Lage als erwiesen gilt, und in Anbetracht dessen: sechs Wochen Gefängnis.

Diesen drei in ihrer Art ganz außerordentlich charakteristischen Fällen reiht sich ein vierter an, in dem das Gericht, freilich ohne den im bürgerlichen Leben einzunehmenden Standpunkt erfassen zu können, doch mit einer wenigstens bemerkenswerten Entschiedenheit vorgegangen ist. Der Unteroffizier Debin vom Infanterieregiment 132 in Strassburg hatte sich vor dem Kriegsgericht der 31. Division zu verantworten. Der Angeklagte hatte sich eine ganze Reihe überaus roher Mißhandlungen zu schulden kommen lassen. Ein Muskelier, der sofort nach seiner Einstellung als krank auf längere Zeit ins Lazarett gebracht worden war, wurde ihm zur Ausbildung überwiesen. Abgesehen davon, daß ein aus dem Lazarett Entlassener entschieden noch weitgehender Schonung bedarf, hätte der Unteroffizier auch noch berücksichtigen müssen, daß der Mann zwar schon längere Zeit Soldat, aber doch in militärischen Dingen Keuling war. Aber nichts von alledem! Der Unglückliche war den tollsten Qualen ausgesetzt. Er mußte oft längere Zeit hindurch fortwährend „Auf“ und „Nieder“ machen, er wurde gemittelt, gerissen, gestochen, geschlagen, daß die Lippen bluteten und die Zähne sich lockerten. Keuchlich ging übrigens der Unteroffizier auch mit anderen Soldaten um. Schläge ins Gesicht, Tritte ins Gesicht und dergl. waren nichts Seltenes. Neben diesen bekannten Qualitäten liefen noch besondere: das Herunterstößeln von Leuten am Tau, so daß die Finger und die Hand wund gerieben wurden u. a. m. Die Verhandlung entrollte eine wahre Mäntelserie von Mißhandlungen. Strafe: fünf Monate Gefängnis nebst Degradation. Als erfreulich ist zu bezeichnen, daß der würdige Soldatenerzieher durch die Degradation wenigstens für die Zukunft kaltgestellt ist. Der Verurteilte hat übrigens Berufung eingelegt.

#### Ausland.

##### Schweiz.

Ein Protest der Züricher Arbeiterschaft. Am vergangenen Sonntag hatte das Züricher Volk die Bezirksrätterwahl vorzunehmen. Dieser verhältnismäßig unbedeutende Anlaß gab der Arbeiterschaft Gelegenheit, ihren Protest gegen die Gewalttherrschaft der Regierung und des Stadtrates zu erheben. Man hat der Arbeiterschaft verboten, durch Demonstrationen auf der Straße gegen die Verfügungen der Regierung zu protestieren. Das Wählen konnte man ihr nicht verbieten und die Arbeiterschaft hat durch den Gang zur Urne, durch den Stimmzettel wirksam gegen die Unterdrückungsmassnahmen der Regierung protestiert. So erhielt der Kampf um einen Bezirksrättersessel, der zu anderer Zeit die Arbeiterschaft nicht als Ziel zu erregen pflegt, eine scharfe, prinzipielle Bedeutung. Auch die Bürgerlichen hatten verstanden, um was es sich handelte und bis auf den letzten Mann sind sie zur Urne geeilt, um ihre Regierung zu bedanken und ihr Einverständnis mit dem Militärregiment derselben kund zu tun. Noch ist zwar die Arbeiterschaft, gegen welche alle bürgerlichen Parteien aufgedorrt waren, unterlegen, aber sie brachte es auf 10 800 Stimmen, während der Bürgerverband 11 600 Stimmen auf seine Kandidaten vereinigte. Mit nur 800 Stimmen (800 in der Stadt, 200 auf dem Lande) ist die Arbeiterschaft gegenüber der ganzen Bourgeoisie in der Minderheit geblieben. Das ist der denkbar schärfste Protest gegen das Klassenregiment.

##### Frankreich.

Vordeaux, 28. August. Heute vormittag versuchten in Saint Macaire in Ausstand getretene Jagdbinder, die von ihren Frauen und Kindern begleitet wurden, die Beförderung von Fässern zu verhindern und warfen die Gewandnen, welche die Ausständigen zurücktrieben, mit Steinen. Es wurden acht Gendarme und zwei Offiziere verletzt, ebenso drei Soldaten und ein Ausständiger. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen.

##### Italien.

Sozialistenverfolgung. Aus Rom wird vom 28. August gemeldet: Der Chef der Sicherheitspolizei nahm gestern eine Hausdurchsuchung im Lokal der römischen sozialistischen Genossenschaft vor. Eine Anzahl kompromittierender Dokumente, darunter zahlreiche Exemplare eines revolutionären Aufrufes, welche bestimmt waren, in den Kasernen verbreitet zu werden und worin die Rekruten zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten aufgefordert werden, wurden beschlagnahmt. Mehrere Verhaftungen in dieser Angelegenheit stehen bevor.

##### Spanien.

Der Generalfreist in Bilbao ist beendet. Nach einer Meldung aus San Sebastian vom 28. August hat Bilbao wieder sein gewohntes Aussehen angenommen.

##### Norwegen.

Ueber die Wahlen wird uns aus Kristiania berichtet, daß gestern 34 Wahlen stattfanden, wovon 2 Sozialisten (die Genossen Knudsen und Nilsen, Kristiania), 6 Sammlungsparteiler, 8 Radikale und 1 Demokrat gewählt wurden. Bisher sind 7 Sozialisten gewählt, 18 kommen noch in die Stichwahl.

##### Amerika.

Gegen die Trunks. Aus Chicago wird unterm 27. August berichtet: Die Anklagejury des Obersten Bundesgerichtshofes erkannte bei zehn gegen die Standard Oil Company im Zusammenhang mit den Eisenbahntarifermäßigungen erhobenen Anschuldigungen die Klage als berechtigt an.

##### Westindien.

Die Revolution auf Kuba. Aus Havana wird vom 27. August berichtet: Oberst Valle von der Landmiliz meldet, daß er heute abend die Aufständischen, die vom General Guzman befehligt wurden, bei Cienfuegos geschlagen habe. Von der Landmiliz wurde ein Mann getötet, die Gegner hatten einen Verlust von 17 Toten.

## Aus Industrie und Handel.

### Eisenpreise.

Vornehmlich sollen gestiegene Löhne für Freierhöhungen aller Waren die Schuld tragen und die noch in Aussicht stehenden Preisaufschläge werden auch mit den gestiegenen Produktionskosten gerechtfertigt. Welche Differenzen aber zwischen den Preisrückhöhungen und den Lohnsteigerungen bestehen, können die Leser aus der nachfolgenden Zusammenstellung entnehmen. Es notierten am 20. August an der Börse zu Düsseldorf:

	1903	1903	mehr in 1903
	in Mark		in Prozent
Spiegelisen Ia. 10—12 Proz.			
Wangan	67	62—63	68
Reichtragliches Dualitäts-			
Puddelroheisen:			
a) Rhein.-westf. Marken . . .	56	68	21
b) Siegerländer Marken . . .	56	68	21
Stahlisen . . . . .	58	70	21
Deutsches Bessmerereisen . . .	67,50—68,50	82	20
Thomasisen frei Verbrauchs-			
stelle . . . . .	57,40—58,10	72,50—73	24
Puddeleisen, Luxemb. Qualität			
ab Luxemburg . . . . .	45,60—46,40	56,84—57,00	24
Luxemburger Gießereieisen			
Nr. III ab Luxemburg . . . .	52	66	27
Deutsches Gießereieisen Nr. I	67,50	78	17
„ III . . . . .	65,50	70	7
„ Hammit . . . . .	68,50	82	20
Gewöhnliches Stabeisen (Fluß-			
eisen . . . . .	110—112	134—136	21
Gewöhnl. Stabeisen (Schweiß-			
eisen . . . . .	120	152	26
Gewöhnliche Bleche aus Fluß-			
eisen . . . . .	130	148—148	13

Bis zum April vorigen Jahres waren die Preise ziemlich stabil geblieben, so daß die vorstehenden enormen Steigerungen fast ausschließlich auf die letzten 15 Monate entfallen. Wo sind aber auch nur annähernd so starke Lohnerhöhungen zu verzeichnen? Nicht nur bleiben die wirklichen Lohnerhöhungen weit hinter dem Satz der Preissteigerungen zurück, auch das Lohnvermögen reicht mit seinem Mehr lange nicht an die Preisaufschläge heran. Und dieses Mehr resultiert in der Hauptsache aus der Steigerung der Arbeitsleistung, bedingt daher gar keine Verteuerung der Produktion. Während für das Kapital sich aus den fortgesetzten Preissteigerungen reichlich sprudelnde Dividendenquellen eröffnen, darf der Arbeiter durch vermehrte Arbeit sein Einkommen etwas erhöhen. Das ist die kapitalistische Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.

### Der Schlachthaustrieb im August.

Der Auftrieb von Schlachtwieh an den wichtigsten Viehmärkten Deutschlands hat im August abermals einen ziemlich erheblichen Rückgang erfahren, während in den drei letzten Vorjahren der Auftrieb von Juli auf August regelmäßig zugenommen hatte. Wie ungenügend der Auftrieb von Schweinen im laufenden Jahre ist, zeigt ein Vergleich mit dem früheren Jahre. An den verschiedenen Stichtagen der letzten Monate wurden nämlich, für die wichtigsten Viehmärkte Deutschlands ermittelt, Schweine aufgetrieben:

	Mai	Juni	Juli	August
1903 . . . . .	42 617	48 528	39 291	45 605
1904 . . . . .	50 823	44 770	39 413	49 565
1905 . . . . .	38 038	43 594	30 753	36 850
1906 . . . . .	37 724	37 075	40 204	37 320

Also um circa 24 Prozent war der Schweineauftrieb im diesjährigen August geringer als 1904 und um annähernd 20 Prozent geringer als 1903. Betrachtet man die Bewegung des Auftriebes, nach Märkten zergliedert, so fällt auf den ersten Blick die Veränderung am Hamburger Schweinemarkt auf. Hier ist die Zufuhr so gewaltig zurückgegangen, daß sie gegenwärtig kaum noch den zwölften Teil von der früheren Jahre beträgt. Am gleichen Markt tage Mitte August betrug der Schweineauftrieb in Hamburg

	1903	1904	1905	1906
	8065	9289	1710	750

Auch in Berlin und München ist der Schweineauftrieb im laufenden Jahre stark gesunken. — Und das in einer Periode wirtschaftlichen Aufschwunges. Was soll erst werden, wenn die Marktlage wieder abflaut? Dann wird man den jetzt vielfach kontrahierten sozialen Fortschritt wohl mit anderen Augen ansehen.

### Wachsender Mehrwert.

Die Unternehmer jammern über die bösen Lohnsteigerungen. Man möchte gern den Anschein erwecken, als werde durch höhere Löhne die Kapitalrente immer mehr beschmitten, so daß schließlich für die armen Aktionäre nichts mehr übrig bleibt. Bei jeder Gelegenheit wird die Melodie von der bedrohten Konkurrenzfähigkeit angestimmt. Daß durch die hochgetriebenen Preise die Konsumenten in der schamlosesten Weise ausgebeutet werden, daß die Arbeit in wachsendem Maße für das Kapital tributpflichtig wird, das verschweigt man wohlweislich. In welcher Weise der Wert der Produktion pro Kopf der Arbeiter im Verglebe gestiegen ist, dafür erbringt Dr. Alfred Wosensith in seinem Buche über die Arbeitsleistung im Steinkohlenbergbau in Preußen einige wertvolle Nachweise. Wir machen daraus folgende Zusammenstellung. In der Zeit von 1886 bis 1902 stieg in den einzelnen Bezirken:

	Zahl der Arbeiter	Wert der Produktion in Proz.
Oberschlesien . . . . .	131	354
Niederschlesien . . . . .	83	137
Aufreubler . . . . .	178	318
Saarbecken . . . . .	88	169
Wachen . . . . .	40	159

Der Wert der Produktion ist in allen Bezirken ganz erheblich mehr gestiegen als die Zahl der Arbeiter. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1902 die Preise weit unter dem heutigen Niveau standen.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Gewerkchaftlicher Kartellvertrag.

Aus Anlaß der großen vorjährigen Lohnbewegungen und Ausfpehrungen in der Berliner Metallindustrie sind acht Berliner Gewerkschaftsleitungen übereingekommen, zum Zweck eines solidarischen Zusammenarbeitens bei künftigen Lohnbewegungen eine Vereinbarung zu treffen, nach deren Bestimmungen das einzelne oder gemeinsame Vorgehen in den Metall-Großbetrieben geregelt werden soll. Der Vertrag hat folgenden Wortlaut:

#### Vereinbarung.

Zwischen den Berliner Vorständen derjenigen Gewerkschaften, welche in der Metallindustrie beschäftigt sind, Arbeiterinnen als Mitglieder führen und zwar Metallarbeiter-Verband, Holzarbeiter-Verband, Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verband, Zentralverband der Schmiede, Malerverband, Zentralverband der Maschinisten und Heizer und Zentralverband der Handlungsgesellen wird zum Zweck eines solidarischen Zusammenarbeitens bei Lohnbewegungen oder sonstigen Differenzen, welche zu Streiks und Ausfpehrungen führen könnten, folgende Vereinbarung getroffen:

1. Bei etwa zu stellenden Lohnforderungen einer der angeführten Gruppen für den ganzen Beruf oder in irgend einem Betriebe hat der Vertrauensmann oder Obmann des Betriebes rechtzeitig die in Frage kommende Ortsverwaltung in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ortsverwaltung hat nach Prüfung der Sachlage und einwärtiger Zustimmung der Forderungen die Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes von dem Vorgehen zu unterrichten.
3. Falls diese die Vermutung hegt, daß die Durchführung der Forderungen Weiterungen nach sich ziehen könnte und andere Ver-

Hände in Mitleidenschaft gezogen werden, ist dieselbe gehalten, unverzüglich die vertragsschließenden Vorstände zu einer gegenseitigen Aussprache zusammen zu berufen.

Dasselbe geschieht auch, falls der Metallarbeiter-Verband selbst eine Bewegung plant, durch welche alle oder eine der vorgenannten Organisationen erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

4. Bei vorkommenden Lohnforderungen oder sonstigen Differenzen ist zunächst der Versuch zu machen, diese auf dem Wege der friedlichen Verhandlungen zu erledigen.

Organisationsleiter oder bestehende Ausschüsse sollen hierbei zunächst in Anspruch genommen werden.

5. Sollte eine Einigung auf dem vorgeschriebenen Wege nicht erzielt werden, so haben die Vertrauensleute oder Obmänner der in Frage kommenden Organisationen ihre Verwaltungen sofort in Kenntnis zu setzen, so daß diese ihre Vertreter zu der beschließenden Versammlung entsenden können.

6. Treten die Angehörigen eines Berufes in einen Streik ein, so sind die Arbeiter der anderen Berufe nicht ohne weiteres herauszugreifen, sondern arbeiten weiter, bis die Organisationsleitung der Streikenden die Arbeitsniederlegung des anderen Berufes für notwendig hält und bei der anderen Organisation einen dahingehenden Antrag stellt.

7. In Ausübung der Solidarität haben die beteiligten Organisationen resp. deren Mitglieder dahin zu wirken, daß die nicht am Streik beteiligten Arbeiter auf keinen Fall die Arbeit der Streikenden machen.

Sollte eine derartige Zustimmung an die Betroffenen seitens der Betriebsleitung gestellt werden, so ist sofort die Streikleitung in Kenntnis zu setzen, welche dann alles weitere zu veranlassen hat.

8. Eine Unterstützung der Streikenden durch Hinausziehen anderer Gruppen, sogenannte Sympathiestreiks, darf nur nach einer Verständigung der Streikleitung und der beteiligten Organisationen erfolgen.

9. Auf keinen Fall ist ein Verlassen des Betriebes ohne vorherige Verständigung mit der Streikleitung und den beteiligten Organisationen statthaft.

10. Bei Verstößen gegen vorsehende Vereinbarungen durch eine der beteiligten Organisationen werden etwa zu treffende Maßnahmen gegen diese Verstöße durch Beschlüsse der gesamten an dieser Vereinbarung beteiligten Organisationen festgelegt.

11. Die Sitzungen der an dieser Vereinbarung beteiligten Organisationen finden nach Bedarf statt.

12. An den Sitzungen nehmen höchstens je zwei Vertreter je einer Organisation teil.

13. Die Einberufung einer Sitzung erfolgt auf Verlangen einer beteiligten Organisation durch den Metallarbeiter-Verband. Die Erledigung von Anfragen und Zuschriften, die vorsehende Vereinbarung betreffen, ist dem ersten Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes, Adolf Cohen, übertragen worden.

**Der Streik in der Schreibmaschinenfabrik der A. G. O.** dauert ununterbrochen fort. Gegenwärtig werden im Werk Ackerstraße Arbeiter und Arbeiterinnen angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen und ihnen dann von Meistern und Werkführern der freundliche Rat erteilt, in der Schreibmaschinenfabrik Arbeit zu nehmen und dort Streikbeschwerden zu verrichten. Es ist deshalb erforderlich, daß die Arbeiter der gesamten A. G. O.-Werke den Streik in der Schreibmaschinenfabrik im Auge behalten und die Ausständigen, die bereits seit 14 Tagen den berechtigten Kampf um eine geringfügige Lohnaufbesserung führen, entsprechend unterstützen. Geküßeln kann dies am besten durch Fernhaltung von Arbeitskräften. Auch die Arbeiter der Zuckerraffinerie (A. J. Huttenstraße) haben jetzt Stellung zu dem Streik genommen. Sie sprachen den Ausständigen ihre volle Sympathie aus und beauftragten deren Ausschuß, Verhandlungen mit der Direktion anzubahnen.

#### Zum Streik der Kohlenarbeiter.

Während viele Kohlenhändler sicher damit rechnen, daß ihre Arbeiter am Dienstagmorgen, am Tage nach der ersten Auszahlung der Streikunterstützung, sich wieder zur Arbeit melden würden, war die Versammlung der Streikenden am Dienstagmorgen um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus so stark besucht wie an den vorhergehenden Tagen. Genosse Werner sagte in seinem Situationsbericht, daß die Großhändler sich gewaltig irren, wenn sie glauben, Hunger und Not würden die Arbeiter bald ins Joch zurücktreiben. So rechnen sie auch damit, daß am 1. September Löhne gezahlt werden müßten, und sie wissen, daß ihre Arbeiter bei den schlechten Löhnen keinen Notgroschen erübrigen könnten. Aber der Werbaud wird helfen! In der nächsten Woche wird wegen des Priestertages eine höhere Unterstützung gezahlt werden; die Verheirateten erhalten eine Extrazuschußzahlung von 10 M., die Ledigen von 8 M. Dadurch wird mancher noch mehr bekommen, als wenn er für einen Unternehmer jähren gearbeitet hätte. Die Verlegenheiten der Kohlenhändler wachsen; nur das notwendigste wird geleistet, seit Sonnabend ist der Geschäftsgang auf der Nordbahn vollständig unterbrochen. Die Firma Lebell wollte unterhandeln, bot aber nur 42 Pf. anstatt der geforderten 45 Pf. Die Firma Wollheim erkennt die Forderungen an, bis auf einen ungestellten Nachschuß, daß keine Streikarbeit von den Arbeitern verlangt werden dürfe. Aus diesem Grunde mußte auch dort die Arbeit niedergelegt werden, denn auf die Solidarität unter den Arbeitern kommt es jetzt viel an. Ein Vertreter der Firma Gebr. Schäfer war im Bureau des Zentralverbandes, um die Unterschriften der sieben Firmen, die bewilligt haben, einzusehen. Diesem Wunsche wurde nicht entsprochen; die Leitung des Streiks betrachtet es als unkluge Taktik, diese Namen jetzt preiszugeben, so das Mißtrauen unter den Kohlenhändlern gegenseitig immer größer wird. Die ausgesandten Entlassungsscheine, z. B. von der Firma Gluckauf, haben ihre Wirkung als Drohbriefe verschleht; es hat sich niemand einschüchtern lassen, um die Arbeit schnell wieder aufzunehmen. Die Kohlenhändler haben das Einigungsamt abgelehnt, weil sie, wie das bekannte Wort lautet, „Herren im eigenen Hause“ sein wollen; aber die Zeiten sind vorbei, in denen die Arbeiter die Sklaven im Hause des Herrn waren und gar nichts über die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu sagen hatten.

In der Diskussion zeigte sich, daß die Streikenden zum Ausscharen fest entschlossen sind trotz aller Entbehrungen, die noch kommen mögen, und trotz vieler Drangsalierung durch die Polizei. Der Kampf um eine Besserstellung der Lage der Kohlenarbeiter muß einmal ausgefochten werden und die Chancen liegen gegenwärtig nicht ungünstig. Gestern (Dienstag) hielten auch die Unternehmer wieder eine Beratung über die Lage ab.

Die königliche Eisenbahn-Direktion sendet uns folgende Zuschrift:

Zu der in Nr. 197 des „Vortwärts“ vom 25. d. M. unter „Der preussische Staat als Streikbrecherlieferant“ gebrachten Mitteilung erlauben wir uns Aufnahme folgender Berichtigung:

Am 23. d. M. wurden auf dem schlesischen Güterbahnhof zwei Wagenladungen Steinkohle, die bereits mehrere Tage an einem Lagerplatz unentladen gestanden hatten, zwangsweise entladen. Die Entladung erfolgte auf Anordnung der zuständigen Güterabfertigung mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende Knappheit an O-Wagen, also im allgemeinen Verkehrsinteresse. Das Verfahren der Güterabfertigung stützt sich auf § 69 (5) der Verkehrsordnung. Weder der Regierungs- und Bureaual-Wahnschlag, Vorstand der Betriebsinspektion 1, noch die Betriebsinspektion 4, noch die Verkehrsinspektion 3 haben in dieser Sache irgend eine unmittelbare Anordnung getroffen. Dagegen sind seit Jahren sämtliche Güterabfertigungen im Interesse des Wagenumschlages allgemein streng angewiesen, zu Zeiten des Wagenmangels Zwangsentladungen von Wagen der mangelnden Gattung in möglichst großem Umfang unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Lagerplätze und Arbeitskräfte und auf Gefahr und Kosten der Empfänger auszuführen zu lassen. Die Entladung der beiden Wagen auf dem schlesischen

Güterbahnhof geschah in der Zeit von 5 Uhr nachmittags bis 8 1/2 Uhr nachmittags — nicht wie von Ihnen angegeben von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags — durch Güterbodenarbeiter, die wegen des schwächeren Verkehrs zurzeit überzählig beschäftigt werden, um Entlassung von Arbeitern zu vermeiden. Eine Ueberanstrengung der übrigen Güterbodenarbeiter, wie von Ihnen behauptet, kam daher nicht in Frage. Beteiligt waren 7 Arbeiter — nicht 9 —, die sich freiwillig zur Entladung der Kohlen gemeldet hatten. Jeder Arbeiter erhielt für die 2 1/2 stündige Tätigkeit 1,80 M., wogegen den Vorschriften entsprechend 0,60 bis 0,65 M. am Lohn in Abzug gebracht wurden.

Wir stellen anheim, die an Ihre in wesentlichen Teilen unzutreffende Veröffentlichung geknüpften Folgerungen einer Nachprüfung zu unterziehen.

Bei der gewünschten Nachprüfung kamen wir zu dem Ergebnis, daß die Anordnung der königlichen Eisenbahn-Direktion — sie mag sich nun auf diesen oder jenen Paragraphen der Verkehrsordnung stützen — immer im Interesse des Unternehmertums lag und immer der Arbeiterschaft Schaden zufügte. Mühten denn absolut gerade die Kohlenwagen zwangsweise entleert werden?

**Der Streik der Musikinstrumentenarbeiter bei Bell u. Co.** wurde am Montag in einer öffentlichen Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter besprochen. Nach den Darlegungen des Referenten Leopold handelt es sich hier um einen Kampf, wie er sich in der Musikinstrumentenindustrie jedensfalls noch öfter wiederholen wird. Die Firma hat die Einführung von Maschinen und der dadurch bedingten Teilarbeit zum Vorwand von bedeutenden Lohnabzügen gemacht. Wenn auch durch die Maschinen die Arbeit erleichtert wird, so stehen doch die Lohnabzüge in keinem Verhältnis zu dem wirklichen Maße der Arbeitsverleinerung. Das geht sogar aus einem Artikel des „Unternehmerorgans“ „Musikinstrumenten-Zeitung“ hervor. Der Artikel führt aus, daß die Arbeit der Umbauer durch die Maschinen etwa auf die Hälfte herabgemindert ist, d. h. eine Arbeit, die früher zwei Wochen erforderte, kann jetzt in einer Woche fertiggestellt werden. Der Akkordlohn ist aber auf ein Drittel des früheren herabgesetzt worden, nämlich von 150 M. auf 50 M. für zehn Umbauer. Die Arbeiter sind übrigens der Meinung, daß die Arbeit nicht um die Hälfte, sondern nur um ein Viertel vermindert worden ist, so daß also der Lohnabzug noch größer erscheint. Unter solchen Umständen ist es durchaus gerechtfertigt, daß die Streikenden gegen die Herabsetzung des Lohnes auf das entschiedenste kämpfen. Der Streik währt nun schon 8 Wochen. Obgleich sich die Unternehmer die größte Mühe geben, Arbeitswillige heranzuziehen, haben sie von diesen „nützlichen Elementen“ nur 15—18 und dazu noch fast völlig unbrauchbare Kräfte gefunden. Es ist ausgeschlossen, daß sich die Firma mit diesen sowohl der Zahl wie der Brauchbarkeit nach ganz unzureichenden Arbeitskräften lange halten kann. Die Firmeninhaber bieten nun alles Mögliche auf, um ihre Arbeitswilligen vor jeder Verführung mit den Streikposten zu behüten. Die Arbeitswilligen machen jeden Tag zu einer anderen Zeit Feierabend, um der Aufmerksamkeit der Streikposten zu entgehen, sie werden aus der Fabrik mit einem nicht für Personenbeförderung geeigneten Fahrstuhl nach dem Keller befördert, wo sie dann, im Dunkeln schleichend, irgend einen entlegenen Ausgang aus dem weiten Grundstück auffuchen. In eigener Person begleitet dann einer der Unternehmer seine Getreuen nach dem Bahnhof. Natürlich wird auch die Hälfte der Polizei in gewohnter Weise gegen die Streikenden angesetzt. Die Arbeitswilligen sind so instruiert, daß sie sofort nach dem Schußmann laufen, wenn sie von einem der Streikenden angesprochen werden. Seit kurzem treten die Arbeitswilligen in auffallend herausfordernder Weise an die Streikposten heran, so daß es scheint, als sei ihnen infolge der in Nürnberg von Revolver- und Messerhelden verübten Mordanschläge auf streikende Arbeiter der Mumm geschwollen und als ob sie nicht ädel Luft hätten, in ebenso schändlicher Weise vorzugehen. — Nach reger Diskussion nahm die Versammlung eine Resolution an, welche Verwahrung einlegt gegen die irreführenden Angaben der „Musikinstrumenten-Zeitung“ über angeblich hohe Durchschnittslöhne bei Bell u. Co. Die Versammlung jagt den Streikenden volle Solidarität zu und die Streikenden versprechen so lange auszuhalten, bis sie den Sieg errungen haben.

**Eine neue Generalausperrung in Berlin?** Der Verein der Schilderfabrikanten Berlins hielt vorgestern Abend in Weders Festhalle eine Versammlung ab. Wie mitgeteilt wurde, haben die Gehilfen trotz der Ausperrungsandrohung die drei partiellen Streiks nicht beendet. Daraufhin wurde einstimmig beschlossen, sämtliche organisierten Schilderarbeiter auszusperrn. Gestern früh wurde den Gehilfen ihre Kündigung mitgeteilt. Da einstägige Kündigungsfrist besteht, wird heute zum großen Teil der Betrieb ruhen.

**Achtung, Freizeugehilfen!** Beilegt sind die Differenzen bei Friedrich in Charlottenburg, Rehringstr. 29.

Ausgedröht sind Differenzen bei Jansen, Lichtenberg, Blumenthalstr. 42. Suche, Schreinerstr. 8, Watzke in Schöneberg, Gothenstr. 40.

#### Verband der Freizeugehilfen Deutschlands.

##### Deutsches Reich.

##### Der Streik auf „Rote Erde“.

Die Verwaltung versendet unterm 25. d. Mts. an ihre Kundschaft ein Rundschreiben, in welchem sie erklärt, sie habe nur auf einigen kleinen Walzenstrichen durch eine geringe Zahl von ungeduldeten Arbeitern den Betrieb teilweise wieder aufnehmen können; es werde nur in Tagelohn gearbeitet und eine kleine Menge Profile hergestellt. Die Verwaltung könne den Zeitpunkt nicht angeben, wann die Wiedereröffnung des vollen Betriebes möglich sei. — In Eisen a. d. Ruhr fand gestern Abend eine Versammlung von Metallarbeitern statt, um zu dem Streik auf dem Aachener Hütten-Aktienverein und dem Verhalten des Generaldirektors dieses Werkes, Kirdorf, Stellung zu nehmen. Die Versammlung folgte mit Aufmerksamkeit den etwa zweistündigen Ausführungen des Referenten Hartmann-Aachen, die sich hauptsächlich mit der Lage und den Lohnverhältnissen der Feuerarbeiter beschäftigten und sich in scharfen Ausdrücken gegen die Direktion des Hüttenvereins und das Flugblatt der Werkleitung wandten. Am Eingange des Saales gelangte ein Flugblatt zur Verteilung, das vom Gewerksverein deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter (G.-V.), dem Christlich-sozialen Metallarbeiterverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband unterzeichnet war und dessen Inhalt sich mit den Ausführungen des Referenten deckte.

**Der Erfolg der Bijouteriearbeiter in Pforzheim** ist, wie man uns aus Baden schreibt, für die Entwicklung der dortigen gewerkschaftlichen und politischen Organisation von hoher freudlicher Bedeutung. Die Bewegung unter dem vieltausendfachen Proletariat dieser babilischen Kunstgewerbe- und Fabrikstadt stieß auf unerwartete Widerstände und verfrachtete durch manche Fehler, die durch persönlichen Verschulden berufener Genossen unterliefen, in letzter Zeit auch dadurch, daß sich eine Lokalorganisation der Metallarbeiter bildete, der Konsumverein sich auflöste usw. Nunmehr kam neues Blut in die Leitung der Metallarbeiterorganisation, und sie ließ die Würfel rollen. Eine generelle Lohn- und Arbeitsordnung war das Ziel; die Arbeiterschaft vernahm die Parole, die bisher Gleichgültigen folgten dem Rufe der Organisation und zogen hinein in die Versammlungen. Solchen Andrang der Proletarier, wie in den letzten Tagen die öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen aufzuweisen hatten, kannte man in politisch sehr erregten Zeiten nicht; der große Saalbau vermochte die erwarteten Geister der Bijouteriearbeiten nicht aufzunehmen. Der Arbeitgeberverband sah es mit Entsetzen; er drohte scheinbar, aber er würdigte dieses Zeichen der Zeit. Unterhandlung zu gleichberechtigten Teilen mit den Vertretern der Arbeiterschaft war das Resultat; am 20. August fand im Kaiserhof zu Pforzheim die denkwürdige neunstündige Sitzung der Parteien statt; sie verlief

ernsthaft, ohne persönliche Verletzung, aber wie ein Hochgericht. Der Vorsitzende, Fabrikant Albert Wittum, Landtagsabgeordneter für die erste Hälfte Pforzheims, gab sich Mühe, die langwierige Verhandlung zu einem Resultat zu bringen. Vom Arbeitgeberverband saßen im Kollegium die Herren Meier und Dr. Käsemacher, für die Arbeiterschaft funktionierten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Karl Borhöfer, der Bezirksleiter, Herr Faber, der Geschäftsführer. Es waren auch Vertreter des Lokalarbeiterverbandes und der Christlichen eingeladen. Die vereinbarten Forderungen sind nachträglich von den Generalversammlungen der beteiligten Parteien angenommen worden. Am Freitag sprach eine Deputation bei der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen vor wegen der durch die Verlängerung der Arbeitszeit notwendig gewordenen Verringerung des Arbeiterzulufes. — Der neunstündige Arbeitstag ist errungen; der Lohn wird für diese 54 Stunden nicht verringert gegen bisher. Die Ueberstunden werden nur noch für geschäftliche Ausnahmen zugelassen und mit 20, 50 bis 100 Prozent besteuert; die Heimarbeit ist abzuschaffen, die Akkordarbeit gemindert auf das Mindeste, Lohnverhöhung im einzelnen zu vereinbaren. Auch für die Heizer, Maschinenisten und Hilfsarbeiter, die etwas hintennach hinken, sollen bald neue Regulativen geschaffen werden. — In Pforzheim herrscht unter den Arbeitern eine solche freundliche Stimmung, daß die Industrie-Proletarier tausendfach dem Metallarbeiter-Verband sich anschließen.

#### Die Nürnberger Polizei

forgt in einer merkwürdigen Weise für die „Beruhigung“ der durch die blutigen Vorgänge der letzten Woche auf das höchste erregten Arbeiterbevölkerung. Durch ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen schafft sie ständig neue Erbitterung. Am Montag früh wurden — wie schon telegraphisch gemeldet — sämtliche Streikposten der ausständigen Bauarbeiter durch die Schupkeute von der Straße weggewiesen unter der Androhung sofortiger Verhaftung für den Nichtbefolgungsfall. Das gleiche Schicksal wiederholte den Streikposten der erst am Montag in den Streik eingetretenen Handels- und Transportarbeiter. Als eine von dem Gewerkschaftssekretär geführte Kommission bei dem Polizeireferenten vorstellig wurde, erklärte dieser, der Magistrat habe eine Verfügung erlassen, wonach das Streikpostenstehen aus Anlaß der letzten Vorgänge verboten sei. Die Verfügung stützt sich auf eine Bestimmung der streifenpolizeilichen Vorschriften, die den Fußgängern verbietet, auf Gehsteigen oder Fahrbahnen geschlossene Gruppen zu bilden oder stehen zu bleiben. Da durch diese Verfügung die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter illusorisch gemacht wird, wurde sofort telegraphisch bei der Kreisregierung Beschwerde erhoben.

**Die Handels- und Transportarbeiter der Speditionsfirma Nürnberg** haben eine Tarifvorlage eingereicht, in der u. a. Mindestlöhne von 23 M., steigend nach je zwei Jahren bis zu 27 M. für die beim Fuhrwerk Beschäftigten, und von 21 M., steigend bis zu 25 M. für die Hallen- und Gleisarbeiter gefordert werden. Da die meisten Unternehmer die Forderungen ablehnten, traten am Montag früh circa 300 Arbeiter in den Streik.

#### „Ehrenmänner.“

In Schweinfurt traten zwei Arbeiter zwei Wochen vor einem Streik dem Verbands bei und als sie ihr Ehrenwort gegeben hatten, dem Verbands und seinen Verehrungen treu zu bleiben, erhielten sie wochenlang Streikunterstützung. Eines Tages aber entdeckte man, daß beide trotzdem als Streikbrecher arbeiteten und daß sie die übrigen Arbeiter also auf niederträchtigste betrogen. Weil zwei der betrogenen Arbeiter nun diese beiden „Ehrenmänner“ nannten, waren sie wegen Vergehens gegen § 153 angeklagt. Selbst der Amtsrichter erklärte den „Ehrenmännern“, daß sie „eine recht zweifelhafte und höchst bedenkliche Rolle gespielt“ hätten. Trotzdem wurde auf einen Monat Gefängnis erkannt. Der Vertreter der Anklage hatte gar sechs Wochen beantragt.

Ein vernünftiges Urteil gegen Streikposten fällt das Schöffengericht Hof in seiner Sitzung am 25. August. Anlässlich des im heurigen Frühjahr stattgefundenen Bauarbeiterstreiks wurden im Laufe der letzten Wochen eine ganze Anzahl streikender und auch nicht streikender Arbeiter deshalb verurteilt, weil sie irgend einem der so nützlichen Arbeitswilligen gegenüber das Wort „Streikbrecher“ oder sonstige angebliche Beschimpfungen gebraucht haben sollen. Ja, es wurde sogar einer von der edlen Junft der Arbeitswilligen selbst bestraft, weil er keinesgleichen mit dem Ausdrud Streikbrecher belegte. In oben bezeichneter Verhandlung standen drei Fabrikarbeiter von Moschendorf bei Hof vor Gericht, weil sie am 4. Juni d. J. einem arbeitswilligen Maurer das Wort Streikbrecher zusetzen und ihn nach einigen weiteren Auseinandersetzungen an die frische Luft beförderten. Die Beweisaufnahme ergab, daß das Wort Streikbrecher gefallen sei, auch daß der Arbeitswillige beim Verlassen der Wirtschaft „einige“ abgeben. Entgegen dem amtsanwaltlichen Antrage kam aber das Gericht zu keiner Verurteilung nach § 153, es verurteilte lediglich einen der Angeklagten wegen leichter Körperverletzung zu 5 M. Geldstrafe, erkannte aber im übrigen auf Freisprechung, und zwar unter folgender Begründung: „Es mag dahin gestellt bleiben, ob das Wort Streikbrecher eine Beleidigung ist, oder nicht; auf keinen Fall sind aber dadurch die Tatbestandsmerkmale des § 153 der G.-O. gegeben, wenigstens kann nicht nachgewiesen werden, daß die Angeklagten dadurch den Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit bewegen wollten. Es läme höchstens eine Beleidigung in Frage, aber da ein Strafantrag in dieser Richtung nicht vorlag, so waren alle drei Angeklagten freizusprechen und nur der eine wegen Körperverletzung zu verurteilen.“

Im Stuttgarter Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariat haben sich die Geschäfte derartig gehäuft, daß zu ihrer Verwältigung die beiden Sekretäre Mattutat und Käther nicht mehr ausreichten. Die Gewerkschaftskommission stellte daher noch einen weiteren Sekretär an und hat für diesen Posten den Genossen Robert Fette, bisher Redakteur in Halle, gewählt.

#### Ausland.

##### Kohlenarbeiterausstand.

Prag, 28. August. (B. T. N.) Wie die Blätter melden, ist in einer Anzahl von Schächten der Brüger Kohlengruben ein Ausstand ausgebrochen.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Tot aufgefunden wurde gestern Abend der 40 Jahre alte G. Köpfer, der während der Abwesenheit des Zahnarztes Dr. Balde, Lindenstraße 111, dessen Wohnung hütete. Als der Portier die Wohnung öffnete, um sie Mietern zu zeigen, fand er Köpfer tot in der Küche liegend. In der Wohnung machte sich ein starker Gasgeruch bemerkbar. Nach näherer Untersuchung ergab sich, daß ein Hahn des Gaskochers aufgedreht war, neben dem ein gefüllter Teelöffel stand. Köpfer selbst sah zusammengesunken über einer Waschkübel, in der er einen schlümmen Fuß badete. Allem Anschein nach ist der Tod auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen. Selbstmord scheint ausgeschlossen. Die Leiche des über 200 Pfund wiegenden Mannes wurde von der Polizei sofort beschlagnahmt und dem Schauhause überführt.

##### Schiffszusammenstoß.

Riga, 28. August. (B. T. N.) Bei Luft-Dunst stießen der englische Dampfer „Kolobria“ und der deutsche Dampfer „Bismarck“ zusammen. Beide Schiffe sind stark beschädigt, Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Die Landeskongress der hessischen Sozialdemokratie

tagte am 25. und 26. August in Mühlheim a. Main. Der gedruckt vorliegende Jahresbericht des Landeskomitees und des Parteisekretärs weist aus, daß die Parteibewegung im Großherzogtum Hessen im abgelaufenen Jahre einen bedeutenden Fortschritt erfahren hat. Das dürfte nicht in letzter Linie der Tätigkeit des im Verichts-jahre angefallenen Parteisekretärs (Dr. David) zuzuschreiben sein. Die Gesamtorganisation umfaßt 171 Ortsvereine mit 13772 Mitgliedern. Das und 20 Pro. der bei der Hauptwahl im Jahre 1903 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen. Eine Zunahme gegen das Vorjahr von 23,6 Prozent. Für das ganze Land mit den vielen rein landwirtschaftlichen Bezirken ist dies kein ungünstiges Verhältnis. Im Laufe des Berichtsjahres wurden allein 43 Organisationen neu gegründet. Der Sekretär beabsichtigt, einen Stab von politischen Referenten dadurch heranzubilden, daß er an den vier Sonntagen im Oktober vor- und nachmittags an zwei Hauptorten des Landes Referententournee abhält. Zeitnehmer haben sich bereits in größerer Anzahl gemeldet. — Der Agitationskalender wurde in 131 566 Exemplaren hergestellt. Die Einnahmen und Ausgaben des Landeskomitees bilanzieren mit 23 698,12 M. Das Vermögen beträgt 7473,04 M. Der Markenumsatz (a 10 Pf.) betrug 208 800. Das Landeskomitee hat im Einvernehmen mit den hiesigen Genossen beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Landeskongress für die Provinz Oberhessen ein täglich erscheinendes Kopfblatt des „Offenbacher Abendblattes“ herauszugeben. Das in Hessen erscheinende Wochenblatt „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“ würde dann eingehen. Die Kreisversammlung des oberhessischen Wahlkreises Friedberg-Weidenhagen hatte sich gegen diese Neugründung gewendet und ihrerseits an der dort verbreiteten „Frankfurter Volksstimme“ festgehalten.

Nach lebhafter Diskussion der Berichte wurde unter anderem ein Antrag angenommen, alljährlich am 1. Mai ein Flugblatt über die Bedeutung des Weltfeiertages herauszugeben. In der Preisfrage wurde der Antrag des Landeskomitees auf Herausgabe des neuen Tageblattes (Kopfblatt des „Offenbacher Abendbl.“) für Oberhessen mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Am 1. Oktober wird also das hiesige Wochenblatt sein Erscheinen einstellen. Der jetzige Redakteur Genosse Wetters wird von Siegen aus die Redaktion des neuen „Oberhessischen Tageblattes“ übernehmen.

Das Landesorganisationsstatut wurde nach einem Referat des Genossen Dr. einer Aenderung unterzogen, um den Jenaer Beschlüssen Genüge zu tun. Die Beitragsleistung wird hiernach wie folgt geregelt: Der Parteibeitrag beträgt monatlich 15 Pf. Davon sind 3 Pf. (20 Proz.) für den Vorstand der Gesamtpartei bestimmt und 4 Pf. für das Landeskomitee. Zur Bestreitung der Kreis- und lokalen Agitation ist ein Mindestzuschlag von 5 Pf. zu erheben, so daß der monatliche Mindestbeitrag mit Lokalzuschlag 20 Pf. beträgt. Dieser Zuschlag wird mit dem Parteibeitrag durch Marke mit besonderem Stempelstempel erhoben. Zu diesem Zwecke wird eine einheitliche Landesmarke herausgegeben. Diese Marken sind vom Landeskomitee pro Marke zu 3/4 Pf. zu beziehen und pränumerando zu bezahlen.

Die Mitglieder der einzelnen Organisationen haben pro Monat mindestens zwei Marken zu lösen, weibliche Mitglieder nur eine.

Das Landeskomitee führt pro Mitglied und Monat aus seinen Einnahmen 3 Pf. an die Gesamtpartei ab, so daß es selbst pro Mitglied und Monat 4 Pf. zur Bestreitung der Landesbedürfnisse hat.

Genosse David sprach über den politischen Massenstreik. (Wir bringen diesen Teil der Verhandlungen unter „Die Massenstreikdebatte“.)

Die Taktik bei Gemeindevahlen legt eine Resolution fest, in der es heißt:

In Erwägung, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes im allgemeinen die sozialen Klassenverhältnisse steigert und diese Gegenstände sich ganz besonders im öffentlichen Leben der Gemeinde geltend machen, erklärt die Landeskongress,

daß es strengste Pflicht der Genossen ist, bei allen Kommunalwahlen darauf zu sehen, daß die Interessen der arbeitenden Klassen gewahrt sind.

Es soll dies dadurch geschehen, daß bei allen Wahlen jeder Kompromiß vermieden und selbständig vorgegangen wird durch Aufstellung ausgeprägter und erprobter Parteigenossen als Kandidaten. Da aber die Aufstellung derartiger zuverlässiger und unentwegter Genossen zurzeit nicht immer möglich ist — vergleiche das Verhältniß der Regierung bei Bürgermeisterei- und Bezirksrathswahlen, die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Gemeindevereine (Hauptbestimmungsrecht) und die Entscheidung durch relative Mehrheiten — so kann in besonderen Fällen durch ausdrücklichen Beschluß der berufenen Instanzen, von der Regel der Aufstellung eigener erprobter Genossen als Kandidaten, abgesehen werden.

In solchen besonderen Fällen ist aber streng darauf zu sehen, daß nur solche Kandidaten unsere Stimmen erhalten, welche Gewähr dafür bieten, daß sie sich nicht als Scharfmacher gegen die Arbeiter betätigen oder ihre Wahl die Wahl eines anderen geeigneten Gegners verhindert.

In allen Fällen haben die Lokalorganisationen nach ordnungsgemäß einberufenen gemeinschaftlicher Beratung und Beschlußfassung zu handeln. Jedem Genossen steht das Recht zu, gegen einen Beschluß der Lokalorganisation an das Landeskomitee zu appellieren, welches zu prüfen hat, was zur Erledigung des Streits zu tun ist.

Die Kongress war außerordentlich gut besucht. Es waren 108 Orte durch 120 Delegierte vertreten.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

In Dresden-Land sagte Genosse Fleißner als Referent u. a.: Die Veröffentlichung des Protokolls ist zu begründen. (Sehr richtig!) Die von Brinmann empfohlene besondere Theorie für die Gewerkschaften wäre der erste Schritt zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung. Für beide Organisationen gibt es nur eine Theorie: die Massenkampftheorie. Müllers Referat habe er dahin aufgefaßt, wenn wir einzig sein wollten, so habe sich die Partei der Gewerkschaft unterzuordnen. Das sei falsch. Partei und Gewerkschaft seien zwei gleichwertige Faktoren, sie haben sich gegenseitig zu respektieren, zu ergänzen. Die Entscheidung über den politischen Massenstreik müsse bei der Partei liegen. Ebenso müsse eingesehen werden, daß er das einzige und übrigbleibende legale Mittel für schwere Zeiten ist.

In der Debatte wurde dem Referenten meist beigegeben. Einträge wurden nicht gestellt.

Auf der Kreisversammlung des 7. sächsischen Wahlkreises (Meißen-Großenhain) wurde in einer längeren sachlichen Diskussion von fünf Rednern der in der Jenaer Massenstreik-Resolution zum Ausdruck gebrachte Standpunkt, von einem Redner der der Kölner Resolution vertritt. Ein Antrag, die Alkoholfrage für nächstjährigen Parteitag auf die Tagesordnung zu setzen, wurde einstimmig abgelehnt, aber der Antrag angenommen, daß die zwei Delegierten zum Parteitag der Generalversammlung der Jugendorganisation beizuhören sollen.

Der weipreussische Provinzialparteitag fand am 26. August zu Danzig statt. Von den 13 weipreussischen Wahlkreisen waren 12

durch 10 Delegierte vertreten. Außerdem waren Vertreter der Presse, der weipreussische Gewerkschaftssekretär und mehrere Gewerkschaftsleiter anwesend.

Der vom Genossen Sellin erstattete Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission konnte als Erfolg der intensiven Agitationsarbeit einen weiteren wesentlichen Fortschritt der Parteibewegung trotz der nicht unerheblichen Schwierigkeiten konstatieren. In der Debatte wurde mehrfach lebhaft bedauert, daß die Aufstellung eines Parteisekretärs noch immer nicht möglich gewesen ist. Kritisiert wurden die oft sehr mangelhaften Kenntnisse mancher Polizeiorgane über die Rechte, die den Staatsbürgern aus dem Vereins- und Versammlungsgesetz zustehen. Ferner wurde der noch immer sehr störende Lokalmangel beklagt.

Sodann beriet der Parteitag nach dem einleitenden Referat des Genossen Bartel das neue Organisationsstatut für den Bezirksverband Westpreußen. Einstimmig wurde die Provinzorganisation auf der Grundlage sämtlicher 13 Wahlkreise beschlossen. Der Minimalmonatsbeitrag wurde auf 20 Pf. bemessen und den Kreisvereinen das Recht der Erhebung von Aufschießern eingeäumt. Unter Vorbehaltung eines Beschlusses des Provinzialtages von Thorn von 1904 wurde auch jetzt bestimmt, daß zu Reichstagskandidaten und Delegierten der allgemeinen deutschen Parteitage nur Genossen gewählt werden können, die mindestens drei Jahre politisch organisiert sind. Der Thorer Parteitag hatte ferner beschlossen, daß die Gewerkschaften ebenfalls Sitz und Stimme auf den Provinzialtagen haben sollten. Diese Bestimmung wurde in das Organisationsstatut nicht aufgenommen. In der Debatte wurde aber von Gewerkschaftsvertretern die Ansicht geäußert, daß deshalb eine Aenderung der seit Jahren geübten Praxis nicht einzutreten brauche. Der Beschluß von 1904 sei eben nicht formell aufgehoben und könne daher, obgleich er nicht schwarz auf weiß vorhanden sei, doch befolgt werden.

Zum Sitz der Agitationskommission und des Parteisekretärs wurde schließlich wieder Danzig bestimmt.

Aus den Organisationen. Die Kreisversammlung des sieben sächsischen Wahlkreises (Meißen-Großenhain), die am Sonntag in Meißen tagte, konnte ein erfreuliches Wachstum der Parteibewegung konstatieren. Die Ortsgruppen sind von 10 auf 12, die Mitgliederzahl ist von 2004 auf 2614 gestiegen. Die Einnahme betrug 2308,85 M., die Ausgabe 2019,00 M. Das Parteiorgan hat 4400 Abonnenten gegen 3800 und 3443 in den Vorjahren. Unter anderem wurde beschlossen, nur solchen Parteigenossen Ämter in der Partei zu übertragen, die gewerkschaftlich organisiert sind. (Weiteres siehe unter „Zum Parteitage“.)

Zu der Generalversammlung für den 8. und 10. Schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis, die am Sonntag in Altona tagte, waren aus beiden Kreisen 59 Delegierte bezw. Vereinsfunktionäre erschienen. Aus dem umfangreichen, in einer Broschüre niedergelegten Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Zahl der organisierten Parteigenossen von 6038 auf 7584, die Zahl der „Echo“-Leser von 6531 auf 8497, die der Leser der „Gleichheit“ von 230 auf 571 gestiegen ist. Die Ortsvereine erzielten insgesamt eine Jahreseinnahme in Höhe von 50 782,76 M., die Hauptkasse quittierte über Einnahmen in Höhe von 29 724,50 M. In der lebhaften Aussprache über den Geschäftsbericht wurde auf das Verhältnis der Zahl der politisch organisierten zu der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in beiden Kreisen (14 234) hingewiesen. (Die Erklärung des Genossen Frohne zum Massenstreik brachten wir in der vorigen Nummer.)

Am Sonntag und Montag fand in Otensen die Generalversammlung des 8. Schleswig-holsteinischen Wahlkreises statt, die von 44 Delegierten und 3 Vorstandsmitgliedern besucht war. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist von 4085 auf 5517 gestiegen, die der Einzelmitglieder von 353 auf 503, die der Beiträge zahlenden Frauen von 545 auf 680. Der Hauptkassierer erzielte eine Einnahme von 27 235 M. und einen Ueberschuß von 2017 M., während die Ortsvereine eine Einnahme von 33 920 verzeichneten. Leider ist der Abonnementstand der Presse nicht in dem gleichen Maße gewachsen. Die „Schleswig-Holst. Volkszeitg.“ wird in 1567 gegen 1446 im Vorjahr, das „Damburger Echo“ in 3078 (3508), die „Gleichheit“ in 559 (357), die „Neue Zeit“ in 43 (25), der „Wahre Jacob“ in 3411 (3072) Exemplaren abgesetzt.

Delegiertenversammlung des Schweizerischen Grütlivereins.

Zweiter Tag.

Karau, 26. August.

Es sind 143 Delegierte aus über 100 Sektionen anwesend. Die Revision der Zentralkonvention wird fortgesetzt. In den alten Statuten hatte es geheißen, daß Streikbruch „unter Umständen“ als Ausschlussgrund betrachtet werde. Im § 33 der neuen Fassung ist das „unter Umständen“ gestrichen. Neu eingefügt wurde u. a. ein Abschnitt über Erwerbsgenossenschaften, lautend:

„Die handlungsfähigen Mitglieder des Grütlivereins können sich durch Urabstimmung zu Erwerbsgenossenschaften zur Vertreibung eines oder verschiedener Geschäftszweige vereinigen.“

Genosse Reimann hielt sodann das einleitende Referat über die Tagesausgabe des „Grütliraner“.

Nach kurzer Debatte, in der u. a. die Redaktion des „Grütliraner“ wegen Aufnahme verschiedener reaktionärer Einsendungen scharf kritisiert wurde, beschloß die Versammlung einstimmig, mit 113 Stimmen, die tägliche Herausgabe des „Grütliraner“ vom 15. November ab. Die Mitgliedschaften sind zum obligatorischen Abonnement für mindestens 80 Prozent der Mitglieder verpflichtet. Vorläufig werden zwei Redakteure angestellt. Die Frage der Errichtung einer Preiskommission wurde dem Zentralkomitee überwiesen.

Es folgte das Referat des Genossen Kantonsrat Witz aus Zürich über: „Die Aufgaben des Schweizerischen Grütlivereins für die Zukunft“.

Er sagte u. a.: Der Grütlverein habe in der Gegenwart einen schweren Kampf zu kämpfen und durch die fortwährenden Angriffe von allen Seiten habe er bereits die Hälfte seines Mitgliederbestandes eingebüßt. (1898: 15 000 Mitglieder, 1906: 9000.) Am Rückgang der Mitgliederzahl seien diverse Faktoren schuld: auf der einen Seite das Gebahren einzelner rückständiger Elemente im Verein, die sich dem modernen Zeitgeiste und den Grundfragen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung nicht angepaßt haben, andererseits die Ansetzung aus den eigenen Kreisen der sozialdemokratischen Partei. Diejenigen, die alles Heil von der gewerkschaftlichen Bewegung erhoffen, haben heute einen leider allzu großen Einfluß erlangt. Es müsse mit aller Entschiedenheit betont werden, daß die politische Tätigkeit der Arbeiter-schaft die wichtigste Seite der Arbeiterbewegung sei, indem sie allein die Zustände, wie sie durch die Gesetze geschaffen werden, unzuändern in der Lage sei. Gegen die anarchische Welle, die unser Parteileben gegenwärtig umwohe, heiße es mit aller Entschiedenheit Front machen. Der Grütlverein müsse sich zukünftig großen Fragen praktischer Sozialreform zuwenden. Der politische Massenstreik sei für die Schweiz nicht zu empfehlen. Unsere besten Waffen seien der Stimmzettel und die Sammlung und Einigung zur Lösung großer sozialer Fragen.

Das Referat wurde oft von Beifall unterbrochen und beschloß die Versammlung, einen Auszug im „Grütliraner“ zu publizieren.

Eine vom Genossen Redakteur Koch aus Luzern verfasste Resolution, worin die Maßnahmen der Züricher Regierung, das Streikpostenverbot und speziell die Androhung des Genossen Haith auf scharfste verurteilt werden, fand einstimmige Annahme.

Strasfanto der Presse. Unser Hofer Parteiorgan, die „Oberfränk. Volkszeitung“, veröffentlichte vor geraumer Zeit eine Notiz,

daß der dortige Polizeinspektor einen Arbeiter mit Laß und Schweinepelz tituliert habe. Nun lag aber eine Verwechslung zugrunde, nicht der Polizeinspektor, sondern ein Postbeamter, der dem Sicherheitsorgan zum Verwechseln ähnlich sieht, hatte die geringe Laßlosigkeit begangen. Als der Redakteur unseres Partei-blattes von der Verwechslung Kenntnis erhielt, veröffentlichte er sofort eine Richtigstellung. Damit war aber die angegriffene Ehre des Polizeinspektors nicht wieder ins Gleichgewicht zu bringen, er rannte zum Rabi und stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Köhler. Dieser wurde denn auch am letzten Sonntagabend, trotzdem er alles getan hatte, was er nach Lage der Sache tun konnte, zu der verhältnismäßig hohen Geldstrafe von 50 M. verurteilt.

Soziales.

24,59 Millionen Mark Ueberschuß — 30 bis 75 Mark Beamtengehälter!

„Denn die Victoria übertrifft mit ihrem Versicherungsbestande von 1,28 Milliarden Mark Vermögen von weit über 1/2 Milliarde Mark Ueberschuß von 24,59 Millionen Mark

alle Versicherungs-gesellschaften des europäischen Kontinents. . . Die Zahl der Bureaubeamten auf der Direktion beträgt 1600, die Zahl der Angestellten überhaupt an 6000. . .“

Mit solcher Reklame hat die Victoria zu Berlin, Allgem. Versicherungs-V. G. ihren letzten Geschäftsbericht — geschmückt. Man sollte nun erwarten, daß eine Gesellschaft, die mit solchen glänzenden Ergebnissen Reklame macht, ihren Beamten Gehälter zahle, die nirgends als Hungerlöhne bezeichnet werden könnten. Wer das voraussetzt, beurteilt den Vampyr Kapitalismus falsch. Wie es auf einem Bureau der Victoria aussieht, mit welchen „Mu“-summen die Beamten entlohnt werden, darüber belehrt uns folgende Zuschrift:

Auf dem Volksversicherungs-Bureau der „Victoria zu Berlin“, Lindenstr. 20/21, herrscht folgende Methode:

In erster Linie werden hier junge Menschen von 16 bis 25 Jahren beschäftigt, neben diesen sitzen aber auch Familienväter, ehrentüchtige Herren in ergauten Haaren, 150 Angestellte liquidieren pro Monat 30 bis 75 Mark — Trinkgeld? Nein, das nimmt kein Beamter, reguläres Gehalt von solchen Dimensionen stecken die Beamten ein. Von den circa 170 in diesem Bureau Beschäftigten erhalten ungefähr 10 Herren sogar 75 bis 100 Mark monatlich. Diese Krösusse sind aber zu beneiden! —

An je einem großen Tisch sitzen vier Herren, einer führt den Titel Tischhelfer und hat die „Ehre“, außerordentliches Sprechen, ja sogar leises Plätschern verbieten zu dürfen, dafür zu sorgen, daß die Beamten ihre ganze Kraft 8 Stunden lang einzig und allein auf ihre Arbeit konzentrieren. In den Frühstückspausen fungiert dieser Herr als Jenstor. Er hat das Besen mitgebrachter Zeitungen streng zu unterjagen.

Ueber vier bis fünf solcher Tische führt wieder ein zweiter Herr, „Ordner“, die Oberaufsicht. Läßt ein Beamter ermüdet seine Feder auf kurze Zeit ruhen, reißt er vielleicht seine durch das lange Sitzen steif gewordenen Glieder, gleich erlöht der Ordnungsruf dieses Herrn durch den Saal.

Wer ein dringendes Bedürfnis befriedigen will, hat eine am Tisch des ersten Ordners hängende Marke mitzunehmen. Man kontrolliert dadurch die Dauer des Bedürfnisses und ferner wird verhindert, daß sich mehr als drei Herren zu gleicher Zeit auf den diskreten Ort zurückziehen.

Wehe dem Aermsten, der gegen die komplizierte Hausordnung verstößt. Strafgebühren regnen und eine donnernde Strafpredigt des Herrn Bureauvorstehers vor den versammelten Beamten zeichnet ihn aus.

Die Beamten erhalten ein sehr reichlich bemessenes Wochenpensum Arbeit zugeteilt. Wer daselbe nicht schafft, arbeitet eben noch. Für jeden Fehler, den der Beamte macht, wird 1 Mark Strafgehalt in Abzug gebracht.

Statt den Beamten ein Gehalt zu geben, das zum Galleffen reicht, werden die Herren veranlaßt, „Vereinen“ zu gründen, die unter der Protektion der Direktion stehen. So existiert eine Darlehnskasse, die im Falle Unterstützungen von 40 Mark gewährt, mit der Maßgabe, daß der Betrag in Raten von 5 Mark und mehr vom Gehalte wieder in Abzug gebracht werden kann.

Von dem Gehalte wird abgezogen: 1. Rate für ein eventuelles Darlehn; 2. Invaliden- und Krankengeld; 3. Beiträge zu den Beamtenhilfskassen; 4. Prämien für eine Volksversicherungs-police (jeder Beamte muß nämlich zur „Sicherheit seiner Existenz im Alter“ eine Versicherung eingehen); 5. eventuelle Strafgebühren; 6. Beiträge zur Beamtenrentenkasse. Dazu treten noch die Sammlungen für die Kranz- und Geburtstags-spenden. Es herben nämlich viele Beamte und die Bureauvorsteher sind so herablassend, Geschenke von Untergebenen nicht zurückzuweisen. Aus Dankbarkeit verweist man — auf den „Jünglings-Verein“ in der Wilhelmstraße; dort soll man sich weiter betätigen.

Ist das nicht ein herzerfrischendes, patriarchalisch-ägyptisches Verhältnis? Die Beamten werden nicht übermäßig, sie bleiben gesinnungstüchtig und die Aktionäre schlucken Riesendividenden. Den 6000 Beamten könnte man die Gehälter um 50 M. pro Monat erhöhen, dann bliebe der Gesellschaft immer noch ein Ueberschuß von 21 Millionen Mark oder 350 Proz. des sechs Millionen Mark betragenden Aktienkapitals. Aber warum solche ausschweifenden Gehälter zahlen? Die Beamten sind ja schon zufrieden und hochbeglückt, wenn sie Geburtstags-geschenke kaufen und Mitglieder des — Jünglingsvereins werden dürfen.

Zu man möchte wirklich höhnen, wenn man sieht, wie manche dieser Beamten, die vor Hunger nicht stille stehen können, sich aufblähen wie ein Truthahn. Und zu den jammervollen Verhältnissen verdienen die Dummstolzen reichlich Lohn und Spott, solange sie nicht einsehen, daß sie in den Reihen der Klassenbenutzten Arbeiter-schaft kämpfen müssen, wenn sie anständige Behandlung und Entlohnung erlangen wollen. Da den Herren deutlich zu verstehen gegeben wird, daß sie die Versammlung des Zentralverbandes der Handlungs-gehülften zu meiden haben, sollte ihnen schon ohne weiteres klar sein, wo und wie sie ihre Interessen zu vertreten haben. Mit Jammern, Flennen, Bitten, Betteln, Duden, Scharwenzeln, Liebedienern, Denunzierern und Speichellecken wird nichts erzielt, was zu tun ist, sagt folgende Zuschrift:

Es ist eine in Handlungsgehülftenkreisen allgemein bekannte Tatsache, daß gerade Versicherungs-gesellschaften den Angestellten wahre Hungerlöhne zahlen, während die Herren Direktoren und Oberbeamte Gehälter einstecken, von denen sich der gewöhnliche Sterbliche keinen Begriff macht. Zu diesen Gehältern kommen noch kolossale Antizemien, Spesen usw. So machte der Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehülften Deutschlands, Bezirk Berlin, im Jahre 1906 darauf aufmerksam, daß der Aufsichtsrat der „Victoria“, der aus sieben Personen bestand, an Antizemien allein 150 000 M. einsteckte und die Direktion (Herr Direktor Gerstenberg) die schöne Summe von 335 326 M. bekam, wozu noch das jedenfalls nicht kleine Gehalt des Herrn zu rechnen ist. Dagegen gab es im Betrieb Handlungsgehülften, die mit 50 M. pro Monat angeheilt waren.

In diesem Betriebe wurden allerdings durch die Gewerkschaft der Handlungsgehilfen kleine Lohnverbesserungen durchgeführt, aber wirkliche Aktionen sind in der Berufsbranche doppelt schwer. Wird schon dem Angestellten der Warenhäuser und großen Kontore immer wieder von den Chefs und kaufmännischen Vereinen vorgespiegelt, daß er eine höhere Stelle einnehme als der Arbeiter, so fühlt sich der Angestellte der Berufsbranche sogar noch mehr als der Handlungsgehilfe, — er ist Beamter. Und wenn er dabei verhungert, er fühlt sich als etwas Besseres. Er murtelt im geheimen und steht stramm vor dem Vorgesetzten. Wenn es ihm aber einmal zu viel wird, dann stürzt er zu der Sozialdemokratie, zeigt die Mißstände der Deffektivität, aber selbst eintreten in die Reihen der gewerkschaftlichen Kämpfer, fällt den Leuten meistens nicht ein.

Der gewerkschaftlichen Organisation stellen sich in der Berufsbranche große Hindernisse entgegen; zu bedauern ist es da, daß selbst diejenigen Angestellten, die schon den Mut haben, der Gewerkschaft Material zu geben, nicht einsehen, daß die skandalösen Zustände durch die Organisation beseitigt werden können.

Wir haben häufig festgestellt, daß diejenigen, die Material liefern, nicht ihrer Pflicht nachkommen und sich im Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin, organisieren. Wenn die betreffenden irgendeinem kaufmännischen Verein angehören, glauben sie in gewerkschaftlicher Beziehung ihre Schuldigkeit getan zu haben. Und im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Arbeitern, die sich gewerkschaftlich organisieren, halten es die Handlungsgehilfen, die sich Sozialdemokraten nennen, für richtig, ihrer zuständigen Gewerkschaft fernzubleiben, sie gehören aus Rücksicht auf Stellenvermittlung oder aus sonstigen Gründen bürgerlichen kaufmännischen Vereinen an. Die großen Mißstände im Handelsgewerbe können durch gewerkschaftlichen Kampf beseitigt werden. Dazu aber ist es notwendig, daß sich alle Handlungsgehilfen im Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin, Neue Friedrichstr. 20, organisieren, den Verband kampffähiger machen. Das sollten alle Handlungsgehilfen und Bureauangestellten beherzigen, dann werden die Arbeitsverhältnisse sich für sie bald günstiger gestalten.

**Berichtigung.** Herr Th. Freisch, Kassierer der Orchesterklasse der Töpfer, ersucht uns zu berichtigen, daß er nicht der Denunziant war, der verschiedene Vorstandsmitglieder als nicht mehr zur Kasse gehörend gemeldet habe.

## Verfammlungen.

**Erfklärung.** Der Bericht über die Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeslow-Sorow-Charlottenburg läßt mich u. a. sagen, ich würde es für ein Unrecht halten, wenn sich die Partei in Anschlag an die letzten Vorkommnisse in die Kämpfe zwischen Zentralisten und Lokalisten einmischen wollte. In Wirklichkeit ist es mir auch nicht entfernt eingefallen, mich in diesem Sinne zu äußern. Von den letzten Vorkommnissen habe ich überhaupt nicht gesprochen, ich habe mich lediglich gegen einen Antrag gewandt, der den Ausschluß aller Lokalisten aus der Partei bezweckte.

Das, was mich der Bericht über den Massenstreik sagen läßt, ist völlig verkehrt. Um den Raum des „Vorwärts“ nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, verzichte ich auf eine Wiedergabe dessen, was ich in Wirklichkeit gesagt habe. Ich begnüge mich damit, öffentlich festzustellen, daß ich die Ausführungen, die der Bericht mir in den Mund legt, nicht als von mir stammend anerkennen kann.

Paul Hirsch.

**Richtigstellung.** Der Bericht von der Kreis-Generalversammlung Teltow-Beeslow-Charlottenburg läßt mich unter anderem sagen: Die Schuld an den bedauerlichen Vorkommnissen bei der Maifeier in der A. E. G., Brunnensstraße, treffe in erster Linie die örtliche Verwaltung. Meine Ausführungen gaben jedoch nicht der örtlichen Verwaltung die Schuld an der mißglückten Maifeier in der A. E. G., Brunnensstraße, sondern in erster Linie den Funktionären des Verbandes in der A. E. G., Brunnensstraße. Ich bitte daher um eine Richtigstellung meiner Ausführungen, damit im Interesse der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht falsche Schlüsse daraus gezogen werden können.

P. Hoffmeister, Rixdorf.

**Berichtigung.** In der Nr. 104 des „Vorwärts“ ist ein Versammlungsbericht der Freien Vereinigung der Maurer veröffentlicht, in welchem in bezug auf den Bau „Kaiserhof“ unwahre Behauptungen aufgestellt sind. In dem Bericht heißt es unter anderem: „Jetzt sei es sogar so weit gekommen, daß von dem Bau „Kaiserhof“ 25 Mitglieder der Maurervereinigung entlassen worden seien, darunter sämtliche Baudeputierte, ohne daß sich eine Hand darum rührte. Ja, man habe es ohne den geringsten Einspruch geschehen lassen.“

daß der Organisationsvertreter der Maurervereinigung kurzerhand vom Bau gewiesen wurde.

Demgegenüber haben wir auf dem Bau „Kaiserhof“ beschäftigte Maurer (zentraler Richtung) folgendes zu erklären:

Am Sonnabend, den 11. d. M., wurden 38 Maurer entlassen; 25 gehörten der Freien Vereinigung, die übrigen dem Zentralverband an. Wir teilten unserer Organisationsleitung den Vorfall mit und es wurde uns gesagt, daß man am Montag zum Frühstück unterfragen wolle, ob seitens der Bauleitung eine Maßregelung vorliege. Regle (Vertreter der Freien Vereinigung) hatte die Absicht, schon früh morgens um 7 Uhr mit dem Polier Verhandlungen anzuknüpfen, was letzterer jedoch ablehnte mit dem Bemerkten, daß bevor nicht auch ein Vertreter des Zentralverbandes zugegen sei, sich eine Aussprache erübrige. Zum Frühstück erschienen der Kollege Thöns vom Verband und der Kollege Regle von der Freien Vereinigung der Maurer gemeinschaftlich auf der Baustelle. In Gegenwart der beiden Poliere, der Baudeputierten und einer ganzen Anzahl Kollegen beider Richtungen fand eine gegenseitige Aussprache statt. Der Polier erklärte, daß von einer Maßregelung keine Rede sein könne; die Arbeit — was auch von den Maurern eingefordert werden müsse — dränge zusammen und er müsse in nächster Zeit wiederum Leute entlassen. Beide Vertreter, Regle sowohl wie Thöns, auch eine Anzahl der Entlassenen selbst hatten das Gefühl, daß die Arbeit zusammenbränge, so daß im vorliegenden Falle nichts unternommen werden konnte.

Kollege Thöns wies während der Verhandlung darauf hin, daß man mindestens bei Entlassungen auf die Baudeputierten Rücksicht nehmen müsse und daß, da einer der Deputierten mit entlassen sei, er, Thöns, dessen Wiedereinstellung beantrage. Dem wurde Rechnung getragen. Hierzu sei ausdrücklich bemerkt, daß nachdem die Wiedereinstellung des Baudeputierten erwirkt war, dieser auf die Wiedereinstellung verzichtete.

Bezüglich des Glasertonschlusses glauben wir nach wie vor unsere Schuldigkeit getan zu haben, indem wir, sobald uns etwas verdächtig erschien, uns sofort an die Streikleitung der Glaser gewandt haben.

Dies der wahre Sachverhalt.

Die zentralorganisierten Maurer vom Bau „Kaiserhof“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Mittwoch, den 29. August.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Opernhaus. Fiddio.  
Zahnpflichthaus. Die Dalkots.  
Neues Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Die schöne Galathea.  
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.

Anfang 8 Uhr.  
Festung. Die Weber.  
Berliner. Sherlock Holmes.  
Schiller O. (Wagner-Theater.)  
Der Freischütz.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räthel-Theater.) Hasemanns Töchter.

Komische Oper. Figaros Hochzeit.  
Westen. Die lustige Witwe.  
Westen. Die Hölle des Löwen.  
Neutral. Die Fledermaus.  
Trianon. Die Rotbrücke.  
Kleines. Die Schlangendame.  
Karl Weiß. Hölle.  
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen.

Metropol. Auf ins Metropol.  
Hypoko. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.  
Thalia. Wenn die Bombe platzt.  
Kaiser. Rosenmüller und Jule.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Vassage. Spezialitäten.  
Weichsel. Stettiner Sänger.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Urania. Tautentstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.

Stierwarte, Invalidenstr. 57/62.

**Ferdinand Bonn**

**Berliner Theater.**

Heute und folgende Tage:  
**Sherlock Holmes.**  
Anfang 8 Uhr.

**Neues Theater.**

Eröffnungsvorstellung  
Freitag, den 31. August, Anf. 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Sganarell.**  
Der bürgerliche Edelmann  
von Moliere. Deutsch von Sulba.  
Sonnabend, Sonntag, Montag:  
Dieselbe Vorstellung.

**Kleines Theater.**

Anfang 8 Uhr.  
**Ein idealer Gatte.**  
Donnerstag: Ein idealer Gatte.  
Freitag:  
Mimenspiele. — Hille Bobbe.  
Die Schlangendame.

**Zentral-Theater.**

(Cyperette). 8 Uhr halbe Preise:  
**Fledermaus.** Operette in 3 Akten.

**Lustspielhaus.**

Täglich 8 Uhr:  
**Spazienliebe.**

**Luisen-Theater**

Reichenbergerstr. 34.  
Anfang 8 Uhr.

**Die Ahnfrau.**

Donnerstag: Rosenmüller und Jule.  
Freitag: 1. Erkenntnis: Romeo u. Julia.  
Sonnabend: Die Hochzeit von Salent.  
Sonntag nachm.: Romeo und Julia.  
Abends: Rosenmüller und Jule.  
Montag: Rosenmüller und Jule.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Heute im Theater 8 Uhr:

**Der jüngste Ausbruch  
des Vesuvus.**

**ZOOLOGISCHER  
GARTEN**

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:

**Großes  
Militär-Doppel-Konzert.**

Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Eintritt unter 10 Jahren die Hälfte.

**Neues kgl. Opernhaus**

(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.  
Gastspiel Signorina Provoisti:  
**Der Barbier von Sevilla.**  
Hierauf: Die schöne Galathea.  
Donnerstag: Gastspiel Emma y  
Zimmermann: Die Fledermaus.  
Vorverkauf im kgl. Opernhaus,  
Schalter II, A. Wertheim und In-  
validendank.

**Komische Oper.**

Heute abend 8 Uhr:

**Figaros Hochzeit.**

Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.  
Freitag: Die Bohème.  
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.

**Deutsch-Amerikanisches**

**THEATER, Köpenickerstr. 67-69.**  
Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel  
Adolf Philipps:

**Im wilden Westen.**

Sonntag nachm. 3 Uhr halbe  
Preise: „Ueberr großen Teich.“

**Metropol-Theater**

Henry Bender. Josci Giampietro.  
Fritz Massary.

**!Auf - in's Metropol!**

Große Jahresrevue mit Gesang u.  
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Froun.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater**

10 Uhr! Novität! 10 Uhr!  
**Berlin im Omnibus.**

Im zweiten Bilde:  
**Der Omnibus - Trick.**  
Vorher: Letzte Woche:  
Die erstklassigen Spezialitäten.

**Passage-Theater.**

Anfang 8 Uhr.  
**Feodorowna**

**Nyssima**

internation. Couplet-Sängerin.  
Auf der diesjährigen Schönheits-  
Konkurrenz in Karlsbad mit dem  
ersten Preise gekrönt.  
14 erstklassige Nummern!

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Worwin-Oper.

Mittwoch, abends 8 Uhr:  
bei halben Preisen: **Der Freischütz.**  
Romanische Oper in 4 Akten von  
Joh. Fr. Hind.

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Abend Helmarich Bötel:  
**Der Troubadour.**

Freitag, abends 8 Uhr:  
Letzte Opern-Vorstellung bei halben  
Preisen: **Fidelio.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Hasemanns Töchter.**  
Volksstück in 4 Akten v. A. W. Arvonge.

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Web' dem der lügt.**

Freitag, abends 8 Uhr:  
**Hasemanns Töchter.**

Im Garten tagl. gr. Militär-Konzert.

## Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Artistiche Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: **Gr. Konzert, Theater**  
und **Spezialitätenvorstellung**

Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten  
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Giltig-Tag.

## Einladung zur Taufe!!

**Diez' Spezialitäten-Theater**

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahn-Station)

gibt sich die Ehre, das geehrte Publikum als Pathe zu der am  
**Mittwochnabend** stattfindenden

**Taufe** der 4 neugeborenen Löwen-Prinzen

ganz ergebenst einzuladen. — Nur noch bis 30. August er.:  
**16 Löwen** mit noch nie gesehenen Tricks  
und das neue, beste Programm Borins.  
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Pässepartouts gültig!

Donnerstag, den 30. August, **Letztes Auftreten** und  
Gr. Abschied des weltberühmten Charles Prinz mit seinen  
**16 Löwen** nach 25jähriger Tätigkeit als Dompteur!

**Avis!**

**Carl Weiß-Theater.**

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Im Theater: Täglich 8 Uhr:  
**Adele.**

Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: **Adele.**

Im Sommergarten: Große  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang 5 Uhr.

**W. Noacks Theater.**

Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.  
**Theater, Konzert, Spezialitäten.**  
Direktor Hill in Hörners Wilhelm.  
**Fredo Seybaud**, bester Ver-  
wandlungs-Charakter-Schauspieler.  
Anfang 6 Uhr. Kaffeetische von 3 Uhr.  
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

**Bernhard Rose-Theater**

Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Täglich:  
**Busch-Liesl**

oder: Die Wähe im Edelgrund.  
Außerdem: Das erstklassige  
Spezialitäten-Programm.

U. a.: Paul Coradini, Neiß Troupe,  
Steffen Bros, Müller-Römer, Geschw.  
Hofer, La Matschiche, Giltens, Cabanis.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

Im Saale: **Großer Ball.**  
Entree 30 Pf., num. Platz 50 Pf.  
Saisonkarten u. Pässepartouts haben  
Gültigkeit.

**Trianon-Theater.**

Anfang 8 Uhr.  
**Die Rotbrücke.**  
Kottbuser  
Straß 44.  
Sonntag, Montag, Donnerstag  
und Sonnabend:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger**  
und Tanztruppen.  
Alle Liebe ruht nicht.  
Außerdem: Durchweg  
neues Programm.  
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.  
Im Vorgart.: Freikonzert.

## Walhalla- Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20  
am Rosenthaler Tor.

**Eröffnung**

**Sonnabend, 1. September.**

**13 internationale  
Spezialitäten.**

Vorverkauf an der  
Theaterkassa von 10-2 Uhr, im  
Invalidendank u. i. den Wert-  
heimischen Warenhäusern.

**Fortzing-Theater**

früher Bellealliance-Theater.  
Direktion: **Max Garrison.**

Sonnabend, 1. September:

**Eröffnungs-Vorstellung:**  
**Zar und Zimmermann.**

Abonnements gültig.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

## Folies Caprice.

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
Dir. Felix Berg.

**Premiere**

**Sonnabend, den 1. September**

Vorverkauf bei Wertheim  
und an der Theaterkassa.

**Volksgarten-Theater.**

Badstr. 8 (Behm- u. Bekermannstr.)  
Täglich:

**Konzert, Theater u. Spezialitäten.**

Das neue August-Programm!  
Mona Christo, The Barrat, Henry  
Sago, Verona de Fonseca, Verwund-  
lungs-Schauspielerin. Hierzu:  
„Auf fremder Erde“.  
Großes Lustspielstück mit Gesang.

**Reichshallen.**

Täglich:  
**Stettiner  
Sänger**

Anfang  
Sochentags  
8, Sonntags  
7 Uhr.

## Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 17

**Hermann Imbs.**

Täglich:

**Gr. Konzert, Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung.**

**Etablissement Buggenhagen**

Moritzplatz.  
Täglich im Garten beszo.  
in den unteren Sälen

**Gottschalk Freikonzert**

Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

## Unwiderruflich letzte Vorstellung.

**1. Deutsch-Amerikanischer**

**Cirkus**

von Prof. Norton B. Smith.  
Direktor **Nat. Behrens.**

Heute Mittwoch, 29. August,  
abends 8 Uhr:

**Gr. Dank- und Abschiedsvorst.**

Da ich gedente, später nach  
Berlin zurückzukehren, so werde ich  
mir alle Mühe geben, mit ein  
gutes Andenken zu bewahren  
und die 211/5

**Abschieds-Vorstellung**

zu einer an Reichhaltigkeit und  
Anusiemment großartig zu gestalten.  
Sachverständ.

**Nat. Behrens, Direktor.**

## Palast Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.

**Sonnabend, 1. September, 8 Uhr:**

Beginn

**der XII. Saison.**

Das

**Elite-Eröffnungs-Programm.**

**15 Debüts.**

Zum erstenmal:

**Der Sommerleutnant.**

## Neue Welt

Damenbebe  
108-114.  
Mittwoch, den 29. August 1906:

**Vorletztes**

**Kinder-Freudenfest.**

Kinderbelustigungen jeder Art.

Gratiusverlofung.

**Konzert und Vorstellung.**

Anfang 4 Uhr. Entree 0,15 Pf.

## Welt - Ausstellungs- Biograph - (St. Louis)

Theater lebender  
Photographien mit  
abwechslndem  
Abnormitäten- Progr.

Verbindung mit größter Films-  
Fabrik Frankreichs, daher täglich  
neueste Bilder.

Den ganzen Tag Vorstellung.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**

## Prater-Theater

Kalkauer-Allee 7/9.  
Zwischen Himmel u. Erde  
Milardo, Dumorist.  
Borussia-Sextett.  
Sands Sportakt.  
„Der grüne Teufel“  
große Pantomime.  
**Konzert. Ball.**  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Rumerlertter Platz 50 Pf.

**Residenz-Theater.**  
 Direction Richard Alexander.  
 Heute und folgende Tage um 8 Uhr:  
**Die Höhle des Löwen.**  
 Schwan in 3 Akten v. M. Hennequin  
 und P. Hilbrand.  
 Gaston Chalmres: Rich. Alexander.

**Colosseum**  
 Dresdenerstr. 97.  
 Sonnabend, den 1. September:  
**Saison-Eröffnung.**  
 Theatersaal.  
**15** erstklassige **15**  
 Spezialitäten  
 Konzertsaal:  
**Künstlerkonzert**  
 und **Volks-Kabarett**  
 Nur Kräfte ersten Ranges.  
 Kein Weinswang.  
 Sonntags: **2 Vorstellungen.**

**Holzbildhauer!**  
 Am Mittwoch, den 29. August 1906, abends 8 Uhr:  
**Zwei Versammlungen.**  
 1. Im Märkischen Hof, Admiralstraße 18a; 2. Königsbank,  
 Große Frankfurterstraße Nr. 117.  
 Tages-Ordnung:  
**Fordern wir den Achtstundentag?**  
 Wählt eines jeden Kollegen, ob organisiert oder unorganisiert,  
 ob es, zu erscheinen. Gleichzeitig ersuchen wir die Tischler, die Bildhauer in  
 ihren Betrieben auf die Versammlungen aufmerksam zu machen und zum  
 Besuch derselben zu veranlassen. 21/22  
**Die Agitationskommission.**

**Verband der Tapezierer.**  
 (Zahlstelle Berlin).  
 Mittwoch, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendt,  
 Deutschr. 21:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Beschluß über die Hausfassung. 2. Die obligatorische Zeltungs-  
 zustellung. 3. Verbandsangelegenheiten.  
**Mitgliedsbuch legitimiert!**  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Charlottenburg.  
 Donnerstag, den 30. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus,  
 Rosinenstraße 3:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz. 2. Verbands-  
 Angelegenheiten. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.  
 91/18 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen**  
**beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgegend.**  
 Die Abstimmung über den Uebertritt zum Deutschen Holzarbeiter-Verband erfolgt am  
**Montag, den 3. September, abends von 5 1/2 bis 9 Uhr**  
 in folgenden Lokalen:  
 im Osten bei **Pöhle**, Kleine Andreasstr. 15 und  
**Pankow**, Gubenerstr. 12;  
 im Süd-Osten bei **Gräf**, Lausitzer Platz 13 und  
**Schneiber**, Admiralstr. 21;  
 im Norden bei **Serehe**, Gleimstr. 63 und  
**Sachgänger**, Prinzen-Allee 82;  
 im Moabit bei **Döring**, Goltzowstr. 13;  
 im Süd-Westen bei **Werner**, Hagelsbergerstr. 2;  
 im Rigsdorf bei **Preil**, Rosenstr. 24;  
 im Weissensee bei **Weber**, Friedrichstr. 35.  
 Jeder Kollege kann in dem ihm am günstigsten gelegenen Lokale seinen Stimmzettel abgeben. Es muß aber jeder selbst zur Ab-  
 stimmung erscheinen und sein Mitgliedsbuch als Legitimation vorzeigen. Mitglieder, welche mehr wie 6 Beiträge restieren,  
 sind nicht stimmberechtigt.  
 Stimmzettel sind auf dem Bureau und am Sonnabend auf sämtlichen Zahlstellen zu haben, auch werden solche am Montag, in allen  
 Abstimmungslokalen auf Verlangen ausgehändigt.  
 Da die Abstimmung von äußerster Wichtigkeit ist, so erwarten wir, daß alle Mitglieder sich an derselben beteiligen. **Der Vorstand.**

**Ueber 2 Waggon!** 140/154  
**Anzüge und Paletots** haben wir diese Woche **per Kasse gekauft.** Aus diesem Grunde  
 unterstellen wir, um Platz zu bekommen, unsere **Knaben-Konfektions-Abteilung** einem großen  
**Ausverkauf!**  
 Knaben-Hosen . . . . . Stück **48** Pl.  
 Knaben-Anzüge, elegant . . . . . **198** M.  
 Knaben-Anzüge, sehr haltbar . . . . . **258** M.  
 Knaben-Anzüge, hochfein . . . . . **358** M.  
 Herren-Hosen . . . . . von Stück **198** M. an  
 Knaben-Anzüge, extra Qualität Stück **458** M.  
 Herren-Anzüge . . . . . von „ **665** M. an  
 Burschen-Anzüge . . . . . „ **465** M. an  
 Paletots . . . . . „ **655** M. an  
**„Blitz“**  
 Gr. Frankfurterstr. 99, Chausseestr. 80, Rosenthalerstr. 9,  
 Chonés Industrie-Palast. Ecke Auguststraße.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
 Schönhauser Allee 148.  
**Clown Dolly ist da!**  
 Tagelions Ballett-Ensemble.  
 The Rogahs musikalischer Akt.  
**Das Bild des Vaters.**  
 Volkststück in 2 Akten.  
 Anf. 4 1/2 Uhr. Tanz. Entree 30 Pf.

**Gustav Behrens Theater,**  
 Berlin O.,  
 Frankfurter Allee 85.  
 Das Auffsehen erregende  
**Eröffnungs-Programm.**  
 15 erstklassig. Nummern  
**Paul und Mary Wilson**  
 Gedankenübertragung  
 in höchster Vollendung.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

**Achtung! Bodenleger!** Achtung!  
 Donnerstag, den 30. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
 Engel-Ufer 15 (Saal 1):  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Der Zentral-Arbeitsnachts in München  
 und seine Wirkung. 2. Branchenangelegenheit. 3. Verschiedenes.  
**Die Kommission.**

**Achtung! Drechsler.** Achtung!  
 Mittwoch, den 29. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen  
 Garten, Alexanderstraße 27 c:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
 der Drechsler Berlins und Vororte.  
 Tages-Ordnung: Unser Tarif.  
 Jede Werkstatt muß einen Vertrauensmann entsenden. Verbandsbuch  
 legitimiert. **Die Kommission.**

**Maschinisten und Heizer**  
**sämtlicher Weißbierbrauereien**  
 Berlins und Umgegend.  
 Donnerstag, den 30. August 1906, abends 8 Uhr, bei Voigt,  
 Hiltnerstr. 75, zweiter Hof:  
**Öffentliche Versammlung**  
 aller in den Weißbierbrauereien Berlins u. Umgegend beschäftigten  
**Maschinisten und Heizer.**  
 Tages-Ordnung: Entprechen die jetzigen Lohn- und Arbeits-  
 verhältnisse der Maschinisten und Heizer den heutigen Anforderungen?  
 139/12 **Der Einberufer: G. Schmittau.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Donnerstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“,  
 Rosenthalerstr. 11-12:  
**Branchen-Versammlung der Stellmacher.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Redakteurs Genossen **Paul John** über: „Partei  
 und Gewerkschaft“. 2. Diskussion. 3. Branchen-Angelegenheiten. 4. Ver-  
 schiedenes. 91/17  
 In Anbetracht des äußerst wichtigen Vortrages ist das Erscheinen aller  
 Kollegen sehr erwünscht. **Die Kommission.**

**Achtung! Bautischler.**  
 Mittwoch, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr,  
 bei Boeker, Weberstr. 17:  
**Vertrauensmänner - Versammlung sämtlicher Bezirke.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Stellen vor und zur Vertrags-Kündigung. 2. Diskussion.  
 3. Stellung zu den Geharbeitern. 4. Verschiedenes. 91/18  
 Es ist Pflicht, daß jede Werkstelle einen Vertrauensmann  
 entsendet. — Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.  
 Sämtliche Differenzen im Bezirk 4 sind bis auf weiteres an  
 Kollegen **Recher**, Roabit, Waldenferstr. 30 zu melden.

**Achtung! Bodenleger!** Achtung!  
 Donnerstag, den 30. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
 Engel-Ufer 15 (Saal 1):  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Der Zentral-Arbeitsnachts in München  
 und seine Wirkung. 2. Branchenangelegenheit. 3. Verschiedenes.  
**Die Kommission.**

**Achtung! Drechsler.** Achtung!  
 Mittwoch, den 29. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen  
 Garten, Alexanderstraße 27 c:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
 der Drechsler Berlins und Vororte.  
 Tages-Ordnung: Unser Tarif.  
 Jede Werkstatt muß einen Vertrauensmann entsenden. Verbandsbuch  
 legitimiert. **Die Kommission.**

**Maschinisten und Heizer**  
**sämtlicher Weißbierbrauereien**  
 Berlins und Umgegend.  
 Donnerstag, den 30. August 1906, abends 8 Uhr, bei Voigt,  
 Hiltnerstr. 75, zweiter Hof:  
**Öffentliche Versammlung**  
 aller in den Weißbierbrauereien Berlins u. Umgegend beschäftigten  
**Maschinisten und Heizer.**  
 Tages-Ordnung: Entprechen die jetzigen Lohn- und Arbeits-  
 verhältnisse der Maschinisten und Heizer den heutigen Anforderungen?  
 139/12 **Der Einberufer: G. Schmittau.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Charlottenburg.**  
**Nachruf.**  
 Am Freitag, den 24. d. Mts.,  
 verstarb der Genosse, Porzellan-  
 malar  
**Albert Suter**  
 im Alter von 74 Jahren.  
 Er war einer der ältesten und  
 treuesten Anhänger unserer Partei.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 251/1 **Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen und Kolleginnen  
 zur Nachricht, daß unser Mitglied,  
 die Schrauben-dreherin  
**Berta Nugk**  
 verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 30. August, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
 halle des neuen Moabitser Kirch-  
 hofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet.  
 152/13 **Die Ortsverwaltung.**

**Verein Berliner Hausdiener.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied  
**August Spitzner**  
 Bahnhofsstr. 65, Mitglied seit dem  
 28. März 1887, nach langer Krank-  
 heit verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 29. August 1906,  
 nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
 des Petri-Kirchhofes, Frieden-  
 straße 84, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 8045 **Der Vorstand.**

Am Sonntag, den 26. August,  
 vormittags 8 1/2 Uhr, starb nach  
 zweijähriger glücklicher Ehe an  
 den Folgen einer Operation  
 meine innigstgeliebte Frau und  
 gute, liebe Mutter  
**Luise Andreas**  
 geb. Thälmeier.  
 Dies zeigt tiefbetäubt an der  
 trauernde **Gatte** nicht kind.  
 Die Beerdigung findet Mittwoch,  
 den 29., nachmittags 4 1/2 Uhr, von  
 der Leichenhalle des Kreuz-Kirch-  
 hofes in Mariendorf aus statt. 8558

**Nordstift**  
 feinsten 1902L\*  
**Nordhäuser Kautabak**  
 liefern an Großhändlern, Händler zu den  
 billigsten Preisen  
**Athenstädt & Bachrodt**, Tabakfabrik,  
 Nordhausen, Nordhausen.  
 Filiale: Berlin N.O.,  
**Georgenkirchplatz 26.**

**Fahrräder**  
 3 Jahre Gar., 45 M.  
 Famil.-Nähmasch. 27 M.  
 5 Jahre Gar., 27 M.  
 Laufdoeken, 1 Jahr.  
 Garant. Qual. 2.90.  
 Luftschluche 2.20  
 bis z. allerb. Qual.  
 Vertreter meiner  
 Fabrikate erhalten  
 neues Motorrad für  
 ermäßigt. Preis. **Scholz**, Fahr-  
 radw., Steinau a. O. W. 44/45.

**Vereinigung der Fliesenleger**  
**Deutschlands.**  
 (Ortsverein Berlin, Abt. I.)  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege  
**Ferdinand Gransow**  
 am Montag, den 27. August, im  
 Alter von 65 Jahren, nach  
 abwechselnder schwerer Krankheit  
 verstorben ist. 267/12  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 30. August, nach-  
 mittags 4 Uhr, vom Trauerhause  
 Prinzen-Allee 13 aus, auf dem  
 Friedhofe der Preussischen Ge-  
 meinde, Pappel-Allee 15/17 statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Zentral-Verband**  
**der Zimmerer Deutschlands.**  
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
 (Bezirk 11.)  
 Allen Kameraden hiermit zur  
 Nachricht, daß unser langjähriges  
 Mitglied  
**Wilhelm Hainke**  
 am Sonntag, den 26. d. Mts., ver-  
 storben ist. 255/3  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute  
 nachmittags 4 1/2 Uhr von der  
 Leichenhalle des Elisabeth-Kirch-  
 hofes in der Prinzen-Allee, aus  
 statt.  
 Um rege Beteiligung bittet  
**Die Bezirksleitung.**

Zurückgekehrt **J. Kailmann**,  
 Münzstr. 14/15 u. Kaiser-Wilhelmstr. 12,  
 Dreißigstunden 8-8, Jahreskalkulation  
 mit deutscher Bezahlung, für Klassen-  
 mitglieder auf Verlangen ohne Nach-  
 zahlung. 274/6\*  
 Englischen Unterricht, englische  
 Übersetzungen, deutschen, fran-  
 zösischen Unterricht bei  
**Frau G. Swienty-Liebkecht**,  
**Schöneberg, Sedanstr. 87.**

**Orts-Krankenkasse**  
 der  
**Kürschner**  
 und verwandten Gewerbe  
 zu Berlin.  
**Achtung! Arbeitgeber!**  
 Montag, den 3. September 1906,  
 abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant  
**Ueberholz**, Zietenstr. 19:  
**Große Wahlversammlung**  
 der Herren Arbeitgeber,  
 welche Beiträge aus eigenen Mitteln  
 zur Kasse zahlen.  
 Tages-Ordnung: Wahl von  
 141 Delegierten auf zwei Jahre.

**Achtung! Arbeitnehmer!**  
 Montag, den 3. September 1906,  
 abends 8 1/2 Uhr, im Schützen-  
 hause, Zietenstr. 5:  
**Große Wahlversammlung**  
 der Kassenmitglieder.  
 Tages-Ordnung: Wahl von  
 282 Delegierten auf zwei Jahre.  
 Wahlberechtigt sind mithin alle  
 nur diejenigen Kassenmitglieder,  
 welche großjährig sind und Besitz der bürger-  
 lichen Ehrenrechte sind.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Die Wahlen finden gemäß den Be-  
 stimmungen der §§ 49 und 50 des  
 Statuts statt. 275/12  
 Der Wahlakt beginnt um 9 Uhr  
 und endet um 10 1/2 Uhr geschlossen.  
 Pünktliches Erscheinen aller Wahl-  
 berechtigten ist dringend notwendig.  
**Der Vorstand.**  
 H. A. Fr. Grandel.

**Zentral-Verband der Glasarbeiter**  
 und -Arbeiterinnen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.  
 Donnerstag, den 30. August, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Boeker,  
 Weberstraße 17:

**Versammlung**  
 sämtlicher Glasbleifer, Polierer und Seleger.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. 2. Die letzten Arbeiterentlassungen bei der Firma Jurek  
 und die Handlungsweise der ehemaligen Kollegen. 3. Wahl eines Kassierers  
 und zweier Revisoren. 4. Wahl eines Gewerkschaftsdelegierten.  
 Kollegen! Wegen der reichhaltigen und wichtigen Tages-Ordnung ist  
 es Pflicht, daß alle Kollegen pünktlich erscheinen.  
 74/5 **Die Ortsverwaltung. H. A. P. Sellisch.**

**Zentral-Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter**  
 Deutschlands, Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
 Am Donnerstag, den 30. August, abends 8 Uhr, findet eine  
**Baudeputierten-Versammlung**  
 statt im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 8.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die diesjährige Baukontrolle. 2. Welche Aufgaben liegen den Bau-  
 deputierten ob?  
 Sorge jeder Kollege dafür, daß sein Bau in dieser Versammlung  
 vertreten ist.  
 Ebenfalls findet eine Baudeputierten-Versammlung für die west-  
 lichen Vororte am demselben Abend mit derselben Tages-Ordnung im  
 Lokal von **Schade** („Viermännchen“), Egelsh. Groß-Lichterfelde, Chausse-  
 straße, statt. Auch hoffen wir, daß hier jeder Bau vertreten ist.  
 46/5 **Der Zweigvereins-Vorstand.**

**Kufeke's Kinder-**  
**mehl**  
 Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht  
 an **Verdauungsstörung.** 5001L\*  
 Hervorragend **Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe** etc.  
 bewährt bei



Partei-Angelegenheiten.

Zegel. Heute Mittwoch, den 29. d. Mts., findet in Treppes Rest...

Berliner Nachrichten.

Zur Erhöhung des Bierpreises.

Bekanntlich haben die Ringbrauereien den Gastwirten mitgeteilt...

Die verammelten Gast- und Schankwirtinnen des Vereins...

Der erste Diskussionsredner, Herzberg, Vorsitzender des Vereins...

Die nachfolgenden Redner Obst, Heinrich, Ewald, Augustin, Tempel...

Die Resolution des Referenten wurde von der etwa 2500 Personen...

Eine französisch-deutsche Freundschaftsdemonstration will die Deutsche Friedensgesellschaft...

Wie bekannt sein dürfte, hat die Deutsche Friedensgesellschaft...

Zu dieser deutsch-französischen Freundschaftsdemonstration...

Der bekannte französische Friedenskämpfer Baron Epournelles de Constant...

Buchbinder kriegen keine Wochenkarte! Diese Antwort, so schreibt uns ein Leser...

Die Klagen über Scherereien bei Ausbändigung einer Wochenkarte...

Schwerer Unfall bei der Schöneberger Feuerwehr.

Gestern früh kurz nach 7 Uhr wurde die Schöneberger Feuerwehr...

Zur Diebstahlsaffäre der Fürstin Wrede.

Zur Diebstahlsaffäre der Fürstin Wrede. Gegen den ehemaligen Diener...

Nach dem Befund des geistigen Zustandes der „hohen Frau“ darf man annehmen...

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern nachmittag um 7 Uhr auf dem Spittelmarkt ab...

Die Sorgen der Tischlermeisterfrauen. Ein Aufruf an die Tischlermeisterinnen...

Jetzt werden die Berliner Tischlermeister erst zur rechten Geltung kommen...

Aus der Selbstmordchronik. Am seinem Leben ein Ende zu bereiten...

Mit der vermehrten Inbetriebsetzung der Autos...

Mit der vermehrten Inbetriebsetzung der Autos wie auch durch wachsenden Verkehr...

Zu relognozieren. Am 14. d. Mts., nachmittags gegen 9 1/2 Uhr...

Am 26. d. Mts., abends um 7 1/2 Uhr, fiel vor dem Hause Strelitzerstr. 36...

Die Parteitagsliste Nr. 5794, die im Bergemannschen Elektrizitätswerk...

Das Linsen-Theater in der Reichenbergerstraße ist äußerst produktiv...

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 12 Uhr kam in der Linienstr. 224a...

dort. Am 3 Uhr nachts wurde in der Zimmerstr. 51 ein Zimmerbrand gelöscht. Im Keller des Hauses Veteraniensstr. 8 brannten Stroh, Risten u. a. heute früh. Auf dem Hauptplatz Charlottenstr. 7 wurden Späne usw. ein Raub der Flammen. In der Chorinerstr. 24 gerieten in einer Küche Polstermaterialien und in der Reichenbergerstr. 20 in einer Küche Betten in Brand. Durch Ueberfließen von Harz entstand in der Koloniestr. 115 Feuer. Schornsteinbrände wurden aus der Stettinerstr. 54, vom Mariannen-Platz 8, Leibnizstr. 95, wo auch Späne auf dem Dache brannten, und anderen Stellen gemeldet. Kohlen brannten in der Weinmeisterstr. 6. Ferner hatte die Feuerwehr in der Oberbergerstr. 93 zu tun; Wasser mußte dort aus dem Keller gepumpt werden.

**Arbeiter-Samariter-Kolonie.** Donnerstag abend 9 Uhr dritte Abteilung in Schöneberg bei Ostf. Meiningenstr. 8. Vortrag über Krankenpflege und Transport Verunglückter. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. — Heute abend: Sitzung der diensttunenden Abteilung. Taschenaerapotheken sind mitzubringen.

## Vorort-Nachrichten.

### Friedrichsfelde.

**Die abgehandelte Hand.** Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich am Montagabend auf dem Grundstück des Handelsmannes Vötter in Friedrichsfelde ereignet. Gegen 7 Uhr war der 11jährige Sohn desselben damit beschäftigt, Holz zu zerkleinern. In einem unbewachten Augenblick trat an den Hausloch das vierjährige Söhnchen des Arbeiters Korn heran und wollte einige auf dem Klotz liegende Späne herumnehmen. Gleich darauf hieb der 11jährige V., der sich seitwärts gewendet hatte, mit dem scharfen Beil zu und traf unglücklichweise die rechte Hand des kleinen K., die er derartig abbänderte, daß sie nur noch an einigen Fasern hing. Der unglückliche Knabe, der nun zeitweilig zum Krüppel geworden ist, wurde sofort nach der Charité geschafft, nachdem ihm vorher durch einen Heilgehülfen ein Notverband angelegt worden war. Den anderen Knaben trifft an dem Unglück keine Schuld, weil durch Zeugen festgestellt wurde, daß er den kleinen Korn im unglücklichen Moment nicht bemerkt hatte.

### Röpenitz.

Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Henschel, Kaiserhof, Grünstraße, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse W. D. v. E. über „Partei und Gewerkschaft“ sprechen wird. 2. Stellungnahme zur Jahreserhöhung der elektrischen Straßenbahn von Röpenitz nach Oberschöneweide. 3. Diskussion. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder der Gewerkschaften und besonders der Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Oberschöneweide ist dringend erforderlich. Das Gewerkschaftsblatt Röpenitz.

### Spandau.

Das neue Hafensprojekt hat bereits die Aufmerksamkeit einer Privatgesellschaft gefunden. Ein Hamburger Konsortium hegt den Plan, sobald die Hafenanlage fertig ist, diese von der Stadt zu günstigen Bedingungen zu übernehmen. Die verlaute, will es der Stadt die aufgewandten Kosten vergüten und sie mit 10 Proz. an den Einnahmen partizipieren lassen. Der Magistrat hat sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und wenn sie gegenwärtig auch noch nicht spruchreif ist, so ist doch anzunehmen, daß das Anerbieten auch Befürworter finden wird. Die „Spandauer Zeitung“ äußert sich hierüber folgendermaßen: „Das Anerbieten verdient aber schon deshalb Beachtung, weil bei der Uebernahme des Hafensbetriebes durch eine kapitalkräftige Gesellschaft mit sachkundiger Leitung eine rationelle Ausnutzung der Anlagen kaum ausbleiben und die Stadt einen Verwaltungsapparat ersparen würde, der sich erst einarbeiten müßte, um nach Wunsch zu funktionieren.“ — Schon daraus geht klar hervor, daß die eventuelle Auslieferung einer von der Stadt geschaffenen Hafenanlage zur Ausbeutung an eine Privatgesellschaft unterliegt wird. Es ist kein Zweifel, daß sich in der Stadtverordnetenversammlung Personen finden werden, die genau wie die „Spandauer Zeitung“ von „rationellerer Ausnutzung dieser Anlage durch eine Privatgesellschaft“ zu felsen verstehen. Auf diese zum soundsobjektiven Male widerlegte Mär hier einzugehen, erübrigt sich. Unserer Genossen Aufgabe wird es sein müssen, nachzuweisen, daß dergleichen Behauptungen leeres Gerede sind und nur den Zweck haben können, ein Privatkonkordatium auf Kosten der Allgemeinheit bereichern zu helfen. Welchen Schädigungen die Stadt bei der Pflege einer solchen Wirtschaftspolitik ausgesetzt ist, hat die Erfahrung bei der Straßenbahn zur Genüge gezeigt; die Kommune läßt erst eine Privatgesellschaft das Recht abschöpfen und laßt den Betrieb später mit großen Kosten zurück.

Für Spandau wird die Hafenanlage unzweifelhaft eine große Einnahmequelle bilden. Wenn eine Gesellschaft so günstige Anerbietungen macht, so ist als sicher anzunehmen, daß dabei etwas zu holen ist. Die Spandauer Steuerzahler haben jedoch ein großes Interesse daran, daß die Stadt nicht solche lukrativen Anlagen der privaten Ausbeutung ausliefert.

**Ueber einen erbitterten Streit um eine Leiche** wird berichtet: In dem Dorfe Falkenhagen bei Spandau starb in voriger Woche der ehemalige Direktor der Vereinigten Berliner Mörtelewerke Grönig. Nachdem er lange Jahre mit seiner Frau zusammen gelebt hatte, ließ er sich vor fünf Jahren von dieser scheiden und heiratete die frühere Madarierlehrerin seiner jetzt verheirateten Tochter. Er wohnte schon seit einer Reihe von Jahren in einem Landhause zu Falkenhagen. Nach der Trennung von seiner ersten Frau überließ er dieser die Villa und lebte mit der neuen Frau in Wilmersdorf. Später überwarf er sich mit dieser, es kam zwischen ihm und der ersten Frau wieder eine Annäherung zustande, die besonders auch von seiner Tochter und deren Ehemann, einem Angestellten jener Mörtelewerke, gefördert wurde. Der hebräit, sehr wohlhabende Mann starb vor acht Tagen in dem Landhause zu Falkenhagen, wo er sich zuletzt meistens aufgehalten hatte; seinem kurz vor dem Tode zu den Angehörigen geäußerten Wunsche gemäß sollte er in dem Ort, wo er sich eine Grabstelle gekauft hatte, beerdigt werden. Am Sonnabend hatte die Trauerfeier in dem Landhause stattgefunden, und der Leichenzug sollte sich gerade nach dem Friedhof in Bewegung setzen, da erhielt der Gerichtsvollzieher Petras aus Spandau in Begleitung des zuständigen Amtsvorstehers und verbindete auf Grund einer einstweiligen Verfügung des Landgerichts III die Beerdigung; der Sarg mit dem Leichnam wurde vom Amtsvorsteher mit Beschlag belegt und auf dessen Anordnung nach der Friedhofshalle geschafft. Die Verfügung war durch zwei Berliner Rechtsanwälte auf Antrag der zweiten Frau des Verstorbenen erwirkt worden. Beauftragte dieser Frau erschienen bald darauf, nahmen die Leiche aus dem Sarge und legten sie in einen Zinkarg, damit sie nach den Vorschriften des Gesetzes transportiert werden könnte; denn jene Verfügung besagte auch, daß der Verstorbene in Wilmersdorf beigesetzt werden sollte. Während die Beauftragten sich bemühten, bei den Behörden die Ausfertigung des erforderlichen Physikatattest und des vorgeschriebenen Leichenpasses zu erwirken, erschien Sonntag nachmittags derselbe Gerichtsvollzieher mit einer Verfügung des Amtsgerichts Spandau, nach der die Leiche nicht aus dem Ort geschafft, sondern in Falkenhagen beerdigt werden sollte. Der Lot wurde nunmehr schnell aus dem bereits verloteten Zinkarg wieder herausgeholt, in den ersten Hofstall gesetzt und beerdigt. Die letzte Verfügung ist auf Veranlassung der Tochter und des Schwiegersohns des Toten erfolgt. Nunmehr wird sich um die Leiche wohl noch ein Prozeß entspinnen.

### Potsdam.

Das Gewerkschaftsblatt nahm in seiner letzten Sitzung den Kassenbericht vom 2. Quartal entgegen, der eine Einnahme

von 468,37 M. aufweist. Ausgegeben wurden 171,07 M., so daß ein Bestand von 297,30 M. verblieb. Die Sammlung für die Lithographen und Steinbrüder ergab zusammen 506 M. Für die Buchbinder sind bis jetzt 259,90 M. eingegangen; diese Sammlung wird noch fortgesetzt. — Beschlossen wurde die Gründung einer Bauarbeiter-Kommission und einer Rechtsauskunftsstelle. — Einem Antrage der hiesigen Arbeiterbildungs-Schule auf Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung und Uebernahme der Kosten wird zugestimmt. — Den Gewerkegerichtsbeisitzern soll bei einer Lohnneubehauptung von mehr als 3 M. der Gehaltbetrag ersetzt werden.

## Gerichts-Zeitung.

### Krankheitsangabe im Zeugnis.

Der Vikontierwarenhandeler Herr Baum hatte der Verkäuferin Anna W. zum 31. Juli gekündigt. Am 7. Juli erkrankte sie und befand sich auch noch am Tage des Abganges in krankem Zustande. W. stellte ihr daraufhin ein Zeugnis aus, in dem es hieß: „Fräulein W. war bis 31. Juli bei mir angestellt und bis 7. Juli beschäftigt.“ Der Vater klagt im Namen seiner minderjährigen Tochter beim Kaufmannsgericht auf Ausstellung eines anderen Zeugnisses und führte gestern in der vor der ersten Kammer stattgehabten Verhandlung aus, daß es seiner Tochter sehr erschwert werde, auf Grund eines solchen Zeugnisses Stellung zu erhalten. Der Vorsitzende legte dem Beklagten nahe, daß eine derartige Trennung von Beschäftigungs-dauer und Engagementdauer nicht angängig sei. Sie führe leicht zu allen möglichen für die Klägerin ungünstigen Mutmaßungen. Auf diesen Vorkhalt hin entschloß sich der Beklagte, bevor die Abänderung des Zeugnisses durch Urteil ausgeprochen wurde, die beanstandete Stelle „bis 7. Juli beschäftigt“ freiwillig zu streichen.

Bezüglich der Gehaltsforderung von 58 Mark, wegen deren der Vater des Mädchens gleichfalls klagt, kam das Gericht zu einer Abweisung. Der Beklagte hatte sich, auf § 63 gestützt, einen Revers unterzeichnen lassen, demzufolge für fehlende Tage kein Gehalt bezahlt werde. Der Einwand des Vaters, daß es doch unmöglich Geltung haben könne, was ein so junges 15jähriges Mädchen ohne Ueberlegung unterzeichnete, wurde vom Gericht als nicht stichhaltig zurückgewiesen. Der Vorsitzende, Magistratsrat Lechow, machte jedoch bei Urteilsverkündung die charakteristische Bemerkung: „Heute noch“ muß die Abweisung der Klage erfolgen, indem er gleichzeitig auf den Reichstag eingebrachten Antrag bezüglich Abänderung des § 63 hinwies.

### Die nationale Wurst.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-gesetz ist am 14. Oktober v. J. vom Landgerichte Bromberg der Fleischermeister Josef Sadowski zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Ein Kollege hatte ihm 30 Pfd. Fleisch, welches verdorben zu sein schien, als Schweinefutter zum Kauf angeboten. Dieses Fleisch hatte er dann billig gekauft und, obwohl es sehr übel roch und Knoten zeigte, zerkleinern lassen, um es zu Wurst zu verarbeiten. Ehe ihm dies möglich war, beschlagnahmte die Polizei das Fleisch. Das Röhlen des Fleisches ist bereits der Anfang des Wurstmädens, daher hat das Gericht einen Versuch der Nahrungsmittelfälschung angenommen.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-gesetz sind am 16. November v. J. vom Landgerichte Hagen auch die Wegger Philipp Schmeißel und Walter Panikow zu zwei Monaten bzw. einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Sie hatten eine tuberkulöse Kuh angekauft, welche der wegen Verhüllte verurteilte Mitangeklagte Segreffe hatte schlachten lassen. Das Fleisch dieser infolge der Tuberkulose vollständig abgemagerten Kuh haben die Angeklagten zu Wurst verarbeitet. — Die Revision aller drei Wegger ist vom Reichsgericht als unbegründet verworfen worden.

Unter der Ueberschrift **Bestien** brachten wir am 21. August einen Gerichtsbericht, nach welchem ein Arbeiter Schulze aus Rixdorf wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an seinem eigenen Kinde, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. In diesem Bericht war von der Ehefrau Schulze gesagt, daß sie vor ihrer Heirat unter sittenpolizeilicher Kontrolle gestanden habe. Frau Schulze tritt uns mit, daß diese Behauptung unrichtig ist, was wir hiermit ihrem Ersuchen entsprechend öffentlich feststellen wollen.

## Vermischtes.

**Vom Schlachtfelde der Arbeit.** Auf der Straße Bruchstraße bei Langendreez stürzte ein hoher Schornstein, welcher abgedeckert werden sollte, in anderer Richtung um als vorgesehen war. Der Kolbenmeister Vierhoff geriet unter die Steintrümmer und wurde lebensgefährlich verletzt hervorgezogen. — Paris, 28. August. In Andeville, Departement Dife, sind bei der Bohrung eines Brunnenschachtes ein Ingenieur und zwei Arbeiter durch giftige Gase, die sich nach einem Sprengschuß mit Dynamit in dem Schachte gesammelt hatten, erstickt. Sofort aus Paris mit Rettungsapparaten abgefangene Feuerwehrleute konnten nur die Leichname der Verunglückten zutage fördern.

**Ein Jugendbildner.** Aus Göttingen wird berichtet: Der Lehrer Tesch in Groß-Lengden, der beschuldigt ist, seit Jahren Sittlichkeitsverbrechen an Schülern verübt zu haben, hat sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen.

**Bestien.** Wien, 28. August. Reservisten des in Arnostadt garnisonierenden 5. Pionierbataillons haben auf der Straße bei Martern eine Frau vergewaltigt und ermordet. Die Mörder sind bereits verhaftet.

**Ueber die großen Ueberschwemmungen in Senegambien** liegt folgendes Telegramm vor:

Saint Louis (Senegambien), 25. August. Es ist immer noch unmöglich, den Umfang der Verheerungen in Kapes zu schätzen, da die telegraphische Verbindung seit 14 Tagen unterbrochen ist und die ersten zuverlässigen Nachrichten am 25. d. Mts. durch ein Dampfboot hierher gelangt sind. Das Telegraphenamt in Matam meldet eine weitere Zunahme der Ueberschwemmungen.

**Ueber die Lage der Brettschwangerinnen** gibt eine Verhandlung vor dem Amtsgericht I Auskunft, vor dem die Brettschwangerin Rosa Ransen erschienen war, um den Offenbarungseid abzulegen. In einem Bericht über die Verhandlung lesen wir: Die Dame war feinsteswegs eine jener „lehten Sterne“ des Lieberbreitels, denn sie war sowohl in Berlin, Hamburg, Leipzig und Dresden an größeren Bühnen engagiert und trat zuletzt im hiesigen „Intimen Theater“ auf, das in letzter Zeit namentlich durch den Spielerprozeß in Landau zu einer gewissen Berühmtheit gelangt ist. Bekanntlich war bis vor kurzem an dieser Bühne auch Fräulein Rosa Ransen beschäftigt, die Geliebte des vielgenannten Leutnants Mühe, den das Landauer Kriegsgericht zu vierzehn Tagen Gefängnis und Entfernung aus dem Heere verurteilt hat. Sie war es, die naheinander die Geliebte des schwedischen Konsuls in München, des Grafen Ray v. Preßing, und zuletzt des Leutnants Mühe war, und an den Spielabenden im „Jungadeligen Klub“ in München mehrfach den vielbegehrten Einjaß bildete.

Nachdem sie einer großen Anzahl junger Leute und zuletzt auch dem Leutnant Mühe verhängnisvoll geworden war, hat sie der Impresario Jozot Wallé, genannt Funkele, geheiratet, und dieser war es auch, der Fräulein Rosa Ransen für die Bühne engagierte. Die Artistin bezog eine Durchschnittsgehage von etwa 2000 bis 3000 Mark pro Monat, konnte aber trotzdem eine Anzahl Hühner, die sie bei einer Münchener galbanischen Fabrik für 200 Mark bestellt hatte, nicht bezahlen. Auf die Frage, wie es komme, daß sie bei

der hohen Lage das verhältnismäßig kleine Guthaben nicht begleichen könne, erklärte sie, daß Wallé sie gewissermaßen entre prise genommen habe. Er besorge für sie sämtliche Engagements und nehme die mit den Bühnenleitern vereinbarten Sagen in Empfang. Alle Einkünfte aus ihrem Auftreten flössen ihm zu. Eine bestimmte Gehage beziehe sie nicht, auch sei eine solche nicht vereinbart. Alles was sie besitze, gehöre dem Herrn Wallé, der auch alles, was sie an Kleibern usw. trage, angeschafft habe. Für ihre Leistung bekomme sie lediglich die notwendigen Bühnen- und Straßenkleider, Kost und Logis, ferner die zur Ausübung ihres Berufes notwendigen Musikalien und außerdem Taschengeld nach Bedarf und zwar täglich ungefähr 4 bis 5 Mark. Sie habe übrigens genau denselben Vertrag mit ihrem früheren Impresario gehabt.

Der Vertreter des Gläubigers fehlte in diese Angaben der Beklagten Zweifel und gab der Meinung Ausdruck, daß der zwischen ihr und ihrem Impresario abgeschlossene Vertrag offenbar den Zweck verfolgt, gerichtliche Schritte der Gläubiger zu vereiteln. Auffällig sei insbesondere das Verhältnis zwischen der Leistung des Impresario einerseits und der hohen Gehage der Künstlerin, die er als Gegenleistung einbehalte. Auch der antretende Richter bemerkte der Schuldnerin, daß ihre Angaben sehr unglaubhaft klingen und ermahnte sie dringend an ihre Eidespflicht. Fräulein Ransen erklärte jedoch, daß sich die Sache so verhalte, wie sie angegeben habe. Der Richter fragte hierauf, warum sie denn solche ungünstige Verträge abschließe. „Weil ich von geschäftlichen Sachen absolut nichts verstehe“, war die sehr glaubwürdig erscheinende Antwort der Schuldnerin.

In ähnlicher Abhängigkeit von ihren Impresarios sollen sich übrigens auch andere vielgenannte Varietékünstlerinnen befinden. Glänzendes Elend!

**Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Motteler“** tagt jeden ersten und letzten Mittwoch im Monat bei Unbehauen, Stolpische Straße 61. Gäste willkommen.

**Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Jülichau-Schwibbus-Crossen-Zommerfeld.** (Ordensverein Berlin.) Sonnabend, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Wersdorf, Andreastr. 26. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kreisvorsitzenden Genossen Schulz-Schwibbus. 2. Diskussion: 3. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. — Jeder Genosse aus dem Kreise wird ersucht, sich in der Versammlung einzufinden. Der Vorstand.

## Eingegangene Druckschriften.

**Zustände im Fleischergewerbe.** Statistische Erhebungen des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands. Bearbeitet von W. Schröder. 64 Seiten. Preis 30 Pf. — **Protokoll der Konferenz** der auf Hiesigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Abgehalten zu Magdeburg am 3. und 4. Juli 1906. 49 Seiten. — **Werde** Broschüren zu belegen durch den Verlag der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin, Engel-Platz 15.

**Ein wohlgemeinter Mahnruf** an alle Klassen und Stände der Völler. Von E. D. Köhler. 19 Seiten. Preis 25 Pf. Selbstverlag. Pina a. d. E.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde** findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

**Kaufmannsgericht.** 1. Zentralverband 21, Deutschnationale 31, Kommissarverein 5, Leipziger Verband 5 und verschiedene Vereine 38 Mitglieder. 2. Eine amtliche statistische Zusammenfassung ist uns nicht bekannt. — **H. Z. „Friedenau“.** Die Gewerkschaft ist nicht zur gleichen Zeit in allen deutschen Staaten in Kraft getreten, jedoch zum größten Teil (im Gebiete des Norddeutschen Bundes) im Jahre 1905. — **M. 100.** Derartige Schulen gibt es nicht.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69-73 Pf. 100 Pfd., Ia 63-68, IIIa 57-62, IVa 52-56, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelender 100-110, Ia 80-85, IIa 70-75, IIIa 60-65, Hammelfleisch Ia 77-82, IIa 67-70, Schmeinefleisch 68-74, Keßbode Ia per Pfd. 0,60-0,75, IIa 0,40 bis 0,50, Rotwilt Ia per Pfd. 0,40-0,50, IIa 0,30-0,35, Damwild 0,50, Wildschweine per Pfd. 0,32, Ferkelinge 0,50, Kaninchen per Stück 0,50-0,80, Wildenten Ia per Stück 1,00-1,25, IIa 0,80, Rebhühner, junge Ia 0,80-1,15, junge keine 0,20-0,45, alte 0,60-0,75, Hühner, alte, per Stück 1,80-2,25, alte, Ia 1,00-1,60, junge, per Stück 0,40-0,88, Tauben, junge, per Stück 0,30-0,40, alte 0,00, Gänse, junge per Stück 1,50-1,75, alte per Stück 0,00, Hamburger, junge, per Stück 2,80, Gänse, Ia per Pfd. 0,55-0,62, IIa 0,45-0,54, Ia per Stück 2,75, Me 3,90, IIa 1,00-2,50, Boulets per Stück 0,90, do. klein 0,00-0,00, Schote pr. 100 Pfd. 72-90, Rander 0,00, Schote 111-117, Mele 0,00, Mele, groß 99-105, mittel 97, klein 0,00, unfortiert 63-70, Röhren 00-00, Karpfen 0,00, Barje 0,00, malt 0,00, Bleifische matt, 0,00, Karaulchen 0,00, Weiss 0,00, Bunte Fische 56, Amerikanischer Lachs I neuer per 100 Pfd. 110-130, do. II neuer 90-100, do. III neuer 50-75, Seezahn 20-25, Flundern, pomm. I, per Schoß 9, do. pomm. II 2-3, Krieler, Steige Ia 4-5, do. mittel per Riste 2-3, do. klein per Riste 0,00, Rüdlinge, per Ball Riste 4-5, Stralunder 5-6, Mele, groß per Pfd. 1,10-1,50, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Feringe per Schoß 4-5, Schellfische Riste 3-4, do. 1/2 Riste 2-3, Koblant, per 100 Pfd. 10-13, Heilbutt 25, Erdbeelen, 100er per Anker 90, 100er 90, 100er 82, 100er 65, Schollische Volleringe per 100 Pfd. 1,90-4,4, Fall 35-38, med. 35-42, deutsche 37-44, 1905 0,00, neue Rastjes, per 1/2, Lo. 60-120, Hummern, Ia, 100 Pfd. 0,00, Seezahn, per Schoß, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unfortiert 0,00, Gattiger, groß 0,00, Eier, Land, per Schoß 2,00-3,30, Winter per 100 Pfd. Ia 122-124, IIa 118-120, IIIa 112-116, absteigend 96-110, Saure Karlen Schoß 3,50-4,00, Pfefferkarlen 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Rosen 1,50-1,75, neue runde 1,75-2,25, neue blaue 2,25-2,50, neue 5-6, Rechter 0,00, Spinat p. 100 Pfd. 15-18, Karotten p. 100 Pfd. 3-3,50, Peterfische, grün, Sellerie, fleisch, p. Schoß 1,25-5,00, Zwiebeln 100 Pfd. 3-3,50, Peterfische, grün, Schoß 1,00, Kohlrabi p. Schoß 0,75-1,00, Rettig, bayer. p. Schoß 2,50 bis 4,50, Radieschen p. Schoß 0,60-0,70, Salat, p. Schoß 1,00-1,50, Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 5-12, Nachschöben 5-16, Schoten per 100 Pfd. 10-20, Pfefferlinge per 100 Pfd. 10-15, Rohrboden per 100 Pfd. 4-5, Blumenkohl per Handel 1,00-2,20, Wirsingkohl per Schoß 4,00-5,00, Kollat p. Schoß 4,00-10,00, Beifstahl p. Schoß 2,00 bis 5,00, Steinpilze p. 100 Pfd. 25-30, Gurken, Zerkter, Schoß 0,75-1,00, do. Einlege, Schoß 1,00-2,00, do. Rothendg. 2,50-3,00, do. Viegner 3-4, do. Einlege, (Sens.) 10-16, Rohrboden, Schoß 3-5, Tomaten, fleischig 100 Pfd. 5-10, Äpfeln, Ital. per 100 Pfd. 13-24, Meße 3-10, Äpfeln 14-23, Bismühle 5-12, Rettig 3-5, Kefel, ungar. per 100 Pfd. 6-14, Ital. 8-15, hiesige 4-11, Grauenleiner 12-14, Äpfeln 25-42, Preiselbeeren 15-18, Bismühle 15-19, Mandaren per 100 Pfd. 10-12, Pfämen, Ital. runde dunkle per 100 Pfd. 0,00, Ital. lange gelbe 0,00, Ital. runde 0,00, ungarische 6-9, fleischig 3-6, Reineclanden 10-18, Zitronen, Persina 300 Stück 15,00-22,00, 360 Stück 14,00-18,00, 200 Stück 13,00-18,00, 420 Stück, Klein 12,00, Pfäliche, Werderische per 100 Pfd. 15-20, französische 20-40, italienische I Riste 1,50-2,00, do. II Riste 0,80-1,60, do. III Riste 1,00-1,20, do. in Körben per 100 Pfd. 20-40.

### Wetternachricht vom 28. August 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinande	768	SW	2	Wolkig	Daparanda	757	R	4	wolkig
Hamburg	772	SW	2	halb Bd.	Bergerburg	751	SW	3	halb Bd.
Berlin	771	SW	2	heiter	Bellin	770	D	3	bedekt
Frankfurt	772	NO	4	wolkig	Aberden	771	SW	3	Dunst
München	771	NO	4	heiter	Berlin	771	SW	3	wolkig
Wien	770	SW	3	heiter					

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 29. August 1906.** Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei mäßigen nordwestlichen Winden.

### Berliner Wetterbüreau.

**Wasserstand** am 27. August. Elbe bei Ruffig - 0,39 Meter, bei Dresden - 1,69 Meter, bei Magdeburg + 0,79 Meter. — **Uhrzeit** bei Straßburg + 1,30 Meter. — **Oder** bei Frankfurt + 1,29 Meter. — **Weser** bei Straßmünde + 2,92 Meter. — **Wartbe** bei Wöfen + 0,38 Meter.